

Ersteinst. Halbes
nachmitt. mit dem
der Sonn- und Feiertags.

Kommunentypus
monatlich 20 Pfg.
vierteljährlich 1.50 Mk.
Halbes. Frei bei Haus.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. incl. Postgeb.

Die Neue Welt
(Unterhaltungsbeilage),
durch die Post nicht be-
zogen, kostet monatlich 10 Pfg.,
vierteljährlich 30 Pfg.

Verlag: Halle a. S., 1047.
Verlagsgesellschaft
Verlagsgesellschaft Halle a. S.



Infektionsgebühren
besteht für die Aufnahme
des Patienten oder deren Raum
30 Pfennig.
Für sonstige Leistungen
25 Pfennig.
Im rekonvaleszenten Zust.
kann die Rate 75 Pfennig.

Infirmität
Für die tägliche Nummer
müssen Patienten die vor-
erhaltenen 10 Pfennig die
Gebühren anfangen
sein.

Abgetragen in die
Veröffentlichung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Saumburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Die Cholerafahrt.

In Rußland ist die Seuche Cholera; in Deutschland hat die Regierung eine Verhütungsgesetz erlassen, für aber ge-
weigert, die Maßnahmen mitzutreten, die sie eventl. treffen
wollt. Der Zar hat bereits Ausland verlassen und bezieht
Deutschland mit seiner erhabenen Gegenwart. Die
Cholerafahrt ist ernst!

Die russische Reaktion wirkt und wirkt wie eine politi-
sche Epidemie, die aus Westeuropa infiziert. Zugleich
war aber auch das Jarentsch stets der Herd wirtschaftlicher Seuchen,
die Krankheit und Tod über die Wälder Westeuropas brachten.
Zwischen den politischen Zuständen Rußlands und der Seuchenge-
fahr, die von dort die zivilisierte Welt bedroht, besteht ein
immeriger Zusammenhang.

Dieser Zusammenhang lenkt bereits Reuten ein, die jeder
politischen Agitation vollkommen fern liegen. Der Prof.
Dr. H. K. Kraus, eine anerkannte Autorität auf dem
Gebiete der Choleraforschung, schlägt öffentlich - in der Neuen
Freien Presse - eine „gemeinsame Aktion der europäischen
Länder“ Rußland gegenüber vor, um der Cholerafahrt zu be-
gegnen. „Mögli- chkeit“ - schreibt er - „eine Art der
Sanitätsbegehung aller europäischen Staaten nach Art der
Genfer Konvention Nemeubor schaffen.“ Worauf es in erster
Linie ankommt, das ist, Kanalisationen und Wasserleitungen
durchzuführen. Prof. Dr. H. Kraus war 1907 bei der Cholera-
epidemie in Petersburg, er kennt also die Verhältnisse am Orte.

Auf der französischen Seite war schon längst der Vorschlag
aufgetaucht, die Finanzen Rußlands unter eine interna-
tionale Kontrolle zu stellen; der nunmehrige Vorschlag einer
internationalen Sanitätskontrolle ist ein weiterer Be-
weis dafür, wie man jetzt Rußland betrachtet - nämlich, als wäre
es kein Großstaat mehr und würde ausgerechnet der zivilisierten
Welt, wie die Mongolei und Tibet; er zeigt auch, daß zwischen
der Seuchengefahr und den politischen, in weiterer Linie
sozialen Zuständen des Reichs ein von der Wissenschaft aner-
kannter Zusammenhang besteht. Die Cholera geht in
Schmuck. Der Schmuck ist so alt wie die Menschheit. Aber
solange die Menschen zerstreut wohnen, können die Raumer-
hältnisse gegen die Übertragung der Krankheit. Wenn aber
die Menschen in Massen zusammengepackt werden, müssen sie
besondere Einrichtungen treffen, um nicht an dem Schmuck, den
sie erzeugen, zugrunde zu gehen. Die Cholera löst in Rußland
sehr zahlreichen nicht mehr auf, und nur die Winterfröhe
berozien für ein zeitweiliges Ende. Aber diesmal hat sie sich
unter den Arbeitermassen des Donagebiets ihre Fußfalten
geschaffen - das ist es, was ihr ihre fürchterliche Gewalt verlei-
cht. Also, die Cholera wird in Rußland verstärkt durch den
Kapitalismus, der Kapitalismus aber wird verdrängt durch den
Rajolismus, der eine demokratische Sozialpolitik und
eine Vertretung der Arbeiterinteressen nicht aufkommen
läßt.

Über den Umfang der Epidemie bringen die Zeitungen ge-
radezu horrornde Mitteilungen. Aber selbst der von der Regie-
rung zum Chef der gesamten medizinischen Disziplin im
Seuchengebiet ernannte Prof. A. Ein erklärt, daß er „die
beim Choleraepidemie eine Staatsgefahr betrachte“. Nach seiner
Vernehmung haben die Cholera in diesem Jahr allein
mehr Opfer gefordert, als in den vier vorhergehenden
zusammen. So habe das erste Cholerajahr in Rußland
17000 Opfer gefordert, das zweite - 28000, während jetzt schon
57000 Opfer gefordert wurden.

Die Schrecken der Epidemie haben eine Rucht aus dem
Industriegebiet zur Folge. Die Zeitungen melden: „Die Rucht
der Gruben- und Hüttenarbeiter trägt einen panischen
Charakter: die Arbeiter fliehen unter Verzicht auf die
Lohnauszahlung und hinterlassen selbst ihre Fa-
milien allein am Orte. Infolgedessen werden die Arbeiter
in den Gruben kaum noch weitergeführt; ein Teil der Gruben
müßte geschlossen werden, in den anderen wird mit 50 bis
85 Prozent des sonstigen Bestandes weiter gearbeitet. Die
Kohlenausbeute sinkt mit unheimlicher Schnelligkeit.“
Jeder Tag bringt neue Mitteilungen über geschlossene Kohlen-
gruben und Eisenwerke. Der Verzicht der kriegslose der Ver-
gabungsbürokraten, d. i. die Zentralverwaltung des gesamten
Bergbauwesens erklärt: „Die Cholera löst nicht etwa bloß den
Berg der Industrie, sie bedroht die Existenz selbst der
Kohlenbauindustrie“. „Die Ausbeute ist auf einen
vierten der gewöhnlichen Sommerförderung gesunken. Die
Verlader verlassen ebenfalls die Felsen, weshalb die Verladung
und der Versand der Kohle auf der Eisenbahn stark abnehmen.
Die Administration der Kohlengruben hat überall die medi-
zinischen Mittel verweigert, aber es selbst überall an Reuten nicht
nur für eine regelrechte ärztliche Hilfeleistung und Desinfek-
tion, sondern selbst um die Kranken unterzubringen und die
Toten zu begraben.“ Wir wissen es aus den Erfahrungen der
Samburger Epidemie 1892, daß eine wirksame Bekämpfung
der Cholera nur möglich ist, wenn sich die Bevölkerung
selbst daran tätig beteiligt. Die zarische Regierung fürchtet
aber die öffentliche Kritik und das organisierte Aufstehen der
Arbeiter noch mehr als die Cholera. Statt das öffentliche
Interesse wahrzunehmen, sucht man es zu unterdrücken, und der
berühmteste Stadthauptmann von Ohscha, Tolmatzschki,
erläßt eine Verordnung, die jede Kritik der zur Bekämpfung
der Cholera ergreifenden Maßnahmen verbietet. Die Seuche wird

vor den Augen der Welt - vor allem des Auslandes - ver-
deckt, aber die Toten fließen ungetragen und sprechen eine
fürchterliche Sprache! Die Epidemie greift um sich, die Massen,
die aus den verdunsteten Gebieten flüchten, verpflanzen die
Cholerakeime über das ganze Reich. Der schon erwähnte
Hauptleiter der ärztlichen Hilfeleistung, Prof. A. Ein, erklärt:
„Die Gefahr der Epidemie wird noch dadurch vergrößert, daß die
Cholera aus den Städten auf die Dörfer übertragen wird, die
jeder ärztlichen und sanitären Hilfe entbehren.“

Man erinnert sich an die Zahlen der Entwicklung der Epidie-
mie im ersten Jahr 17000, im zweiten 28000, nunmehr
bereits 57000! Bis zum Winter kann es in die Hundert-
tausende gehen, und dann, das wird erst das nächste Jahr
bringen? Ein Suche voran solcher Ausdehnung
ist eine eminente Gefahr für ganz Europa!

Es stehen viele Wege offen, um die Cholera besonders nach
Deutschland und Österreich zu verhindern. Zwischen Sud-
rußland und Galizien besteht ein reger Menschenverkehr. Man
denke ferner an die vielen Landarbeiter, die aus Rußland zur
Ernte nach Preußen wandern. Sie kommen mit dem Cholera-
keim im Leibe und werden außerdem noch auf den preußischen
Guthöfen in Massenquartieren untergebracht, die der primi-
tivsten sanitären Vorrichtungen entbehren. Ist aber die Cholera
im Lande, so wird man mit ihr nicht mehr so leicht fertig. Als
erstes wäre darum die Erziehung einer Quarantäne an
der russischen Grenze und eine strengere sanitäre
Inspektion der Umschüler, die russische Arbeiter beschäftigen,
nützlich. Ein Suche voran solcher Ausdehnung
ist eine eminente Gefahr für ganz Europa!

Im Jahre 1892 wurde die Cholera am dem See von
Hamburg gebracht. Darum muß auf der ganzen europäischen
Küste der Verkehr der Schiffe, die aus den russischen Ozean-
kommen, unter medizinische Kontrolle gestellt werden.
Diese Maßnahmen sind notwendig zum Schutze Europas.
Sie würden aber auch sicher ihren Druck auf die Wirtschaft
etwas nach, so würden sich im Lande selbst gewiß soziale Kräfte
finden, die dem Boden unter großen Schwierigkeiten, nicht
dennoch der Epidemie Herr werden müßten. Um die Cholera
zu bekämpfen, muß man vor allem den Arbeitermassen
in Rußland die Wege zur politischen Betätig-
ung erschließen.

Schutterle & Co.

Immer zahlreicher werden die verbrecherischen Stimmen, die
da fordern, die Regierung solle mit Gewalt einen kriegerischen
Konflikt mit einer europäischen Macht anfangen, um eine „zu-
verlässige nationale Währungsreform“ für die nächsten Reichstags-
wahlen, die dem Boden unter großen Schwierigkeiten, nicht
dennoch der Epidemie Herr werden müßten. Die Volk kommt in
drei Beispielen davon profitieren. Die Volk kommt in
Sonntagnummer auf ihren ersten schaffigen Artikel zurück.
Das Blatt quittiert die Dinge, die es von allen Seiten erhalten
hat, damit, daß es nun erst recht auf seinem Standpunkte be-
harren und nun heraus erklärt, von dem eingemengenen
Standpunkt nicht abgehen zu können. Zwar wird der Versuch
gemacht, zu betreten, daß es sich um eine infame Kriegsge-
heißel habe, allein die Post geht dann gleich wieder selbst:
„Wir sind noch immer der Meinung, daß ein scharfes
schliffenes Schwert, wie unser Kaiser einmal sagte, die beste
Friedensbürgschaft ist. Wer aber ein scharfes schiffenes
Schwert besitzt, der macht sich lächerlich, wenn er sich so be-
nimmt, als ob er ein höheres an der Seite führe. Eine
anständige Politik, wie wir sie verlangen, muß die Freunde
an Reich, den Feind auf die eigene Nation haben und ist dem-
entsprechend ein geeignetes Mittel, denjenigen den Wind aus
den Segeln zu nehmen, die aus dem Reichsbruch und der
Inzuchtigkeit über unsere Zustände ihren Nutzen schöpfen.“
Die Empörung, die der Artikel der Post hervorgerufen
hat, dient dem Werte als Beweis, wie glücklich der Gedanke
war, und deshalb empfiehlt es allen maßgebenden Stellen noch
einmal:

„Durch eine männliche, selbst und gerechteste aus-
wärtige Politik dem deutschen Volke die rechte Freude am
Reich und volles Vertrauen zu seiner Regierung zurückzu-
gewinnen. Das wird eine gute Vorbereitung für
die kommenden Reichstagswahlen geben.“

Der Sinn der verbrecherischen Aufforderung bleibt der-
selbe, trotzdem die Worte anders gewählt sind.
Auch das Potsdamer Intelligenzblatt, amtliches Organ
der Potsdamer Behörden, sucht nach einer Währungsreform. Es
findet sich in den Erfolgen der französischen Luft-
flieger. Das amtliche Blatt, das die inkompetenten Ploniere
des größten Reichsrichters menschlicher Idioten verächtlich
„Selben des Tages“ und „Mellamellinger“ nennt, verlangt
ernstlich, die deutsche Regierung solle der französischen broken,
die werde französische Flieger, die über die Grenze kommen
künftig mit Granat- und Schrapnellfeuer aus
der Luft herunterholen lassen.

Einig in dieser brutalen Dege ist sich auch hier wieder der
schwarz-blauwe Döner. Es ist kein Zufall, daß auch das Dort-
mund'sche Zentrumorgan Tremonia bei Ueberfliegen der Grenze
fordert:

„In dem Falle könnten wir ja nach vorheriger Verwarnung
eine Uebung in Scharfschießen auf Luftfahr-
zeuge vornehmen, nach zur Ausbildung für den Ernst-
fall nicht unnütz wäre.“

Hier haben wir dieselbe verbrecherische Taktik, die empfohlen
wurde, mit Kriegsgewalt die Wahlen vorzubereiten. Man
schlebe bei der ersten Gelegenheit ein paar Aviatiker aus den
Lüften und die Geschichte ist fertig, den Segen des Zentrums
hat man ja.

Das Volk kann gar nicht genug gewarnt werden vor den
Plänen von Schutterle u. Co!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 15. August 1910.

Die Fleischnot steigt.

Eine ungeheure Verschärfung der Schlachtvieh- und Fleisch-
not droht dem Deutschen Reich, so schreibt die Allgemeine
Neuerzeitung, durch die beabsichtigte Sperrung der Grenze
für die Ausfuhr von Schlachtvieh und Fleisch aus Österreich.
Die gänzliche Sperrung der österreichischen Grenze für Schlacht-
vieh- und Fleischausfuhr wäre ein fürchterlicher Schlag für die deutsche
Fleischversorgung; mehr als 1000 Stück Ochsen würden
jede Woche aus Österreich nach Deutschland eingeführt. Die
unmittelbare Wirkung der österreichischen Maßnahmen wäre
eine Steigerung der Preise für Ochsen um 80 vom Hundert.
Für unsere Junfer bedeutet dieser Notstand goldene Zeiten.

Der Unwille gegen die agrarische Hunger-
politik greift jetzt auch auf gut bürgerliche Kreise über. In
Kattrop (Westfalen) wurde im Stadtbürgermeisters-Kollegium
das Schlachthof-Budget, das mit einem Heftbetrag von 7700
Mark abschließt, behandelt. Hierbei machte der Bürger-
meister Winnen u. a. folgende zutreffenden Ausführungen:
Der Arbeiter sei heutzutage kaum noch im
Lande, ein Pfund Fleisch zu kaufen. So wie es
jetzt lie, könne es einfach nicht bleiben. Die Arbeiter litten
tatsächlich an Unterernährung. Die Ursachen der hohen
Fleischpreise seien in der verbreiteten Politik zu suchen. Be-
sonders seien die hohen Preise für den Fleischhandel. Die
Schlachthöfenbetreiber, gingen nicht an, sonst könnten
die Arbeiter überhaupt nicht mehr an Fleischmangel denken.
Die Regierung möge endlich die Aufhebung der Grenz-
sperrung in die Wege leiten. Die Arbeiterpolitik befände sich
in großer Unzufriedenheit, und mit Recht.

Von einigen Stadtbürgermeistern wurden diese Darlegungen
unterstützt. Einer derselben meinte, auf den preußischen Land-
tag in seiner jetzigen Zusammensetzung dürfe man sich nicht
verlassen. Selbst der Inspektor von Jede Erin stimmte zu
und sagte, er beobachte die Vergleiche beim Frühstück und wisse,
daß die Frühstücke immer schlechter werden.

Schließlich merkten sich die Arbeiter die Worte des Bürger-
meisters Winnen, denn daß sie richtig sind, können sie am eigen-
nen Leibe spüren.

Die Prozentpatrioten haben Hunger!

In der Post, dem Organ der Geschäftspatrioten, wird wieder
auf die artilleristischen Rüstungen der Russen und Franzosen
hingewiesen, um dann mit der Behauptung herauszutreten,
daß Deutschland auf dem Gebiete des Artilleriewesens
ganz erhebliche Mehraufwendungen machen „müßte“.
Nach dieser Rechnung „fehlen“ der deutschen Artillerie
76 Batterien zu je sechs Geschützen und es wird erklärt, daß
diese „Erfen“ vom Reichstag so nach als möglich aus Be-
füllt werden müssen. Diese Verfassungskosten lassen all-
mählich den Umfang der neuen Militärportage
abnehmen. In den „lebenden“ dritten Bataillonen der In-
fanterieregimenten sollen also jetzt noch 76 Batterien kommen.
Man weiß außerdem, daß der Train vervollkommen und
insbesondere immer mehr mit Kraftfahrzeugen ausgerüstet
werden soll und wenn man außerdem in Betracht zieht, daß es
wahrscheinlich auch bei der Kavallerie auf eine Ver-
mehrung abgesehen wird, dann kann man sich so ungefahr vor-
stellen, welche geradezu unbeschreiblichen Forderungen die bereits
fertige Militärportage stellen wird.

Die Prozent-Patrioten, in deren Taschen sich bei jeder
Dezernatsrechnung ein Goldstrom ergießt, lassen sich schon jetzt
die Propaganda für dieses Feind nicht allzumehr
halten, denn es ist für jeden Kenner der Verhältnisse klar, daß
hinter den alarmierenden Propagandisten die Herrschaften
stehen, die auch dem Ausland gegen jede Maßnahme
Waffen liefern und damit rechnen, daß, wenn Deutschland seine
Armee vermehrt, auch das Ausland nachfolgen muß, wodurch
die sichere Aussicht geschaffen wird, daß die Gewinne immer
weiter steigen werden. Für die Reichen ist der Patriotismus
weiter nichts als ein reinen Geschäft, für dessen Profite die
arbeitenden Massen zu sorgen haben.

Die nationale Flugwoche.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Auf dem Flugplatz von Johanniskil bei Berlin ist am
Sonntag die sogen. „nationale Flugwoche“ zu Ende ge-



hangen. Sie hat gesagt, daß die deutsche Pfingstfeier im Vergleich ist, den gewaltigen Vorprung der Amerikaner und Franzosen einzuholen. Allerdings ist es fast ausschließlich amerikanische und französische Pfingstfeiern, die in Johannesburg unter deutscher Führung in Wettbewerb mit einander getrieben werden, und auch die deutschen Arbeiter haben sich in ihrer Konstruktion an die bewährten ausländischen Typen an. Der Kampf muß man sich also eher fürchten, daß Deutschland auf dem Gebiete des menschlichen Rufes bisher keine entscheidenden Leistungen aufzuweisen und daß es nichts Wesentliches zur Erzielung dieses gewaltigen Kulturfortschritts beigetragen hat.

Durch diese Tatsache braucht man sich aber keineswegs entmutigen zu lassen, denn nachdem nun einmal von Franzosen und Amerikanern der richtige Weg gefunden worden ist, werden deutsche Wissenschaft und deutsche Technik sich das Jährige dazu beitragen können, um die genialen Entwürfe der ausländischen Erfinder weiter zu entwickeln und bis zu vollkommenen Werken auszugestalten. Die Rolle, die Deutschland bisher in der Pfingstfeier gespielt hat, entspricht ja auch ganz den sonstigen Erfahrungen der Geschichte. Denn so groß auch der deutsche Anteil an der allgemein menschlichen Kultur ist, so sind die großen genialen Anregungen doch niemals aus Deutschland ausgegangen. So ist es auch heute, das gilt für Philosophie und Naturwissenschaft ebenso wie für Politik und Technik — ist es gerade der Deutschen gewesen, auf dem fremden Boden weiterzubauen und auf ihm großartige Systeme zu entwickeln. Das liebenswürdige Spottwort Vornes, wenn ein Deutscher einen Fied aus seinem Kopf auszubringen sollte, so studiere er erst Heine, ist noch viel richtiger als sein Urheber gemeint hat. Gütte der Deutsche, so kann man heute fortfahren, das Fied auszubringen weniger systematisch betreiben, so hätten wir nicht die großartige chemische Industrie, deren Produkte in der ganzen Welt begehrt sind.

Was dem Gebiete der Pfingstfeier hat also Deutschland noch die Arbeit zu leisten, die ihm nach seinem weltgeschichtlichen Verhältnisse zukommt, und alle Deutschen ohne Unterschied der Klasse und der Partei dürfen wünschen, daß diese Arbeit mit Eifer aufgenommen werde und zum Erfolg begleitet sei. Ganz besonders müssen die Arbeiter nicht, daß das deutsche Volk auf irgend einem Gebiete der Kultur hinter den andern Völkern zurückbleiben solle; im friedlichen und freundschaftlichen Wettstreit der Nationen um die Palme des Fortschritts ist „nationaler“ Ehrgeiz auch ihnen nicht fremd. Was sie aber ablesen müssen, das sind die schwindelhaften Auswüchse eines bürgerlichen Chauvinismus, der die eigene Bedeutung großmächtig preist, die der andern Völker aber schmähsend herabsetzt. Wir wollen aber keineswegs anerkennen, daß es wieder einmal, wie zu Zeiten Rousseaus, Robespierres, Napoleons und Saint Simons, die Franzosen gewesen sind, die die Welt aus dem Schlaf getrommelt haben. Die Deutschen werden ihnen den Pionierkrieg nicht wegnemen, sondern sie werden Mühe haben, ihnen nachzuschmecken. Dazu ist aber auch notwendig, daß der nationalen Pfingstfeier in ganz anderer Weise, als es bisher geheißen, öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. In der Pfingstfeier haben doch sonst zu allen möglichen Dingen unendlich viel Geld, es wäre eine Schande, gerade an diesem Ende sparen zu wollen! Vielleicht gibt man erst Geld, wenn die Pfingstmaschinen zu treuen zischen Berührungsgeworden nutzbar gemacht sein werden.

„Aufreizung zum Klassenhaß“

Die große Staatsaktion gegen das bekannte Dortmunder Arbeiterkongress für Wassergang hat nun doch mit der Forderung des Verlegers, Genossen Imbrey, geendet. Es ist bekannt, daß vor einigen Monaten in den verschiedenen Orten des Reichs Beschlüsse waren, u. a. in Berlin, Magdeburg, Breslau, Dortmund und um. Die ganze Aktion ging von Berlin aus, wie auch die Berliner Staatsanwaltschaft die Anklage gegen den Genossen Imbrey veranlaßt hat. Unter Anklage gestellt waren die Reden: „Wasser und Arbeit“ (von Werneburg), der Sozialistenmarsch, die Arbeitsmänner und die Internationale.

Die Anklage war erhoben auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches (Aufreizung zum Klassenhaß). Selbst der Staatsanwalt konnte nicht finden, was im Sozialistenmarsch eigentlich Aufreizendes sein sollte und ließ hier die Anklage fallen. Das Gericht erkannte, daß bezüglich der ersten beiden Reden (Wasser und Arbeit, Sozialistenmarsch) aus objektiven Gründen Freisprechung zu erfolgen habe, wegen der beiden Reden (die Arbeitsmänner, die Internationale) aber aus juris-

telles in Gedanken. Die beiden letzten Strophen des Liedes, die Arbeitermänner, wirft soviel auf, ebenso die Internationale in ihrem vollen Inhalt. Jedoch komme in Rede an hervorzuheben, das man sich nicht verheißeln, ohne daß der Staatsanwalt die Arbeiterzeitung unternehmen habe. Der Angeklagte habe daher subjektiv das Glaubens sein können, daß die Geschichte straflos sein. Aus diesen Gründen müsse auf Freisprechung erkannt werden. Der Staatsanwalt habe 200 Mk. Geldstrafe beantragt. Die Beschlagnahme des Liedes würde selbst allerdings bestehen.

Deutsches Reich.

Der Einmündigkeitsakt in Sicht! Das Organ des Herrn v. Bethmann Hollweg, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, kommt in ihrem Wochenrückblick auf die Wahlen im Wahl im 20. sächsischen Reichstagswahlkreis zu sprechen und gibt der bestimmten 20. sächsischen Wahlkreis, daß es den bürgerlichen Parteien gelingen werde, den Wahlfreis zu halten. — Das Organ des Mannglers scheint den Tatsachen genau so weitgehend gegenüber zu stehen, als wie Herr v. Bethmann Hollweg selbst. Die Situation im 20. sächsischen Reichstagswahlkreis ist so, daß wir am 24. August mit aller Bestimmtheit auf einen glänzenden Sieg rechnen können. Der Kandidat wird gut tun, zunächst einmal den 51. Sozialdemokraten zu wider.

Zum Galen getrieben. Der Unfall des Barzen in Friedberg ist mit enormen Kosten verlaufen. Schon der angeordnete ungeheure „Eiderkesseln“ mit einigen hundert Gendarmen und Spindel kostet viel Geld. Vermutlich als Antwort auf die Anklage über die Interpellation im Reichstag wird nun erklärt, daß der Barzen die sämtlichen Kosten selbst bestreiten wird. Das heißt, das russische Volk muß das Geld für diesen Karren hergeben.

Ein Kerlarer „Engel“ als Stimmwähler. Die Quelle, aus der die Mittelungen über die angebliche Verwendung des Parteiführers Genossen Müller in Köln bei einem Unternehmern geschlossen sind, ist jetzt entzweit worden. Es ist der christliche Gemeindeführer Engel, jetzt in Saarbrücken tätig, der am 27. Juni d. J. an die Zentrumszeitung ein Zirkular verfaßt hat, in dem über die „sozialdemokratische Prinzipienfrage“ in der sächsischen gewerkschaftlichen Arbeiterzeitung hergekommen war. Dieser Engel ist jetzt der richtige Mann, um über das sittliche Verhalten anderer Leute zu Gericht zu sitzen. Er hat bei dem Streit in Bafis-Rheinfeld eine sehr eigentümliche Rolle gespielt; der bafische Fabrikinspektor Bittmann hat öffentlich behauptet, daß diesem Mann die Gelegenheit, sein gemeinschaftliches Treiben fortzuführen, nicht entzogen worden sei; sein Kollege, der christliche Gemeindeführer Thelen, hat ihn einen Lügner, Aufwiegler und Vandalen genannt; die Streikkommissionmitglieder in Rheinfeld haben ihm nachgesehen, daß er sie belogen und irreführt habe, und der Staatsanwalt im Bafischer Landfriedensbrudergesetz, der eine Folge des Streiks in Rheinfeld war, erklärte ihm für eine völlig zweideutige, unzuverlässige und lügenhafte Person, den er von der Zeugenschaft hinweg wegen Meineids hätte verhaften lassen, wenn er nicht sein eigenes Vorgehen gerechtfertigt hätte. Dieser Mann, der selbst im tiefsten Schmutz steht, muß natürlich auch bei den Gegnern nur schmutzigen Dingen schmeicheln. Genosse Müller wird ihm vor Gericht Gelegenheit geben, seine beläufigen Schlussfolgerungen über das Bewerdungsreiben zu veranworten.

Schon wieder eine „Spionage“geschichte. Aus Breslau wird gemeldet: Das Generalkommando des 5. und 6. Armeekorps verfolgt einen Spion, der sich in der Uniform eines Sergeanten der 71. Infanteriebrigade in die Kasernen einschleicht. Unmittelbar bevor der Spion den Befehl in Schweiß eintrifft, hatte der Spion die Spion in der Infanteriebrigade, dem er sich nicht verweigern konnte, war aber am Morgen frühlos verschwunden. — Ob der Verfolger nun gerade „Spion“ sein muß?

Oesterreich-Ungarn.

Um das Fleischausfuhrverbot.

Die Fleischnot in Wien nimmt immer größere Dimensionen an. Ein Ministerrat wird sich mit der Frage des Ausfuhrverbots — das für Deutschland verhängnisvoll wäre — beschäftigen. Ungarn müßte aber zustimmen. Im ungarischen Ackerbauministerium erklärt man auf das Bestimmteste, daß

die ungarische Regierung ihre Zustimmung zu einem Fleischausfuhrverbot verweigern werde.

Neberhaupt bestehen für ein freies Ausfuhrverbot große Schwierigkeiten, die auf den Handelsverträgen beruhen. Im Handelsvertrag mit Deutschland haben sich beide Staaten verpflichtet, den gegenseitigen Verkehr durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbote zu hemmen. Ausnahmen sind nur auf Grund heillos politischer oder wirtschaftlicher Umstände an sich zulässig erklärt. Mit dieser letzteren Begründung wurde im Jahre 1904 der Erlaß eines Ausfuhrverbots für Viehfutter motiviert. Es ist die Frage, ob mit der gleichen Begründung auch jetzt das Verbot der Viehfuhre erlassen werden wird. Unter der Geltung der gegenwärtigen Handelsverträge sind dieser Ausfuhrverbote nicht verjüngt worden.

Frankreich.

Die General- und Kantonalratswahlen. Aus Paris wird uns geschrieben: Nimmer liegen nicht nur die offiziellen Ziffern über die letzte halbjährliche Erneuerung der französischen General- und Kantonalräte vor, wir besitzen auch aus Parteiliche Zahlen über das Ergebnis, soweit die sozialistische Partei beteiligt ist. Nach der offiziellen Statistik wären 66 Sozialisten in die Generalräte gewählt worden. Nach einer Aufzählung des Sozialisten, dem wöchentlichen Publikationsorgan der Partei, beträgt die Zahl der jüngst gewählten sozialistischen Generalräte 61. Der Wahlergebnis erhöht sich also auf 26 und die Gesamtzahl der sozialistischen Generalräte steigt auf 81 auf 107.

Über das Resultat der Kantonalratswahlen sind die Zahlen aus Parteiliche immer noch unvollständig. Nach der offiziellen Statistik sind im ganzen 69 Sozialisten gewählt worden, von einem Mandat zu werden 30 an 33 ergibt und eine Vernehmung der sozialistischen Kantonalräte von 68 auf 96. Erweitert man, daß es in ganz Frankreich über 2800 General- und 3400 Kantonalräte gibt, dann ist die Zahl der sozialistischen Vertreter noch sehr klein. Nichtsdestoweniger ist der Fortschritt, den die Partei bei den letzten Wahlen gemacht hat, ein gewaltiger, der um so bemerkenswerter ist, als alle anderen Parteien entweder Mandate verloren haben, oder ihren Verlust nur besaupt haben. Es ist weiter in Betracht zu ziehen, daß die Partei zum ersten Male den Kampf in großem Maßstab geführt hat, dabei aber immer nur erst in 45 von 88 Departements sich an den Wahlen, meist nur in den ausfuhrreichen Wahlkreisen, beteiligt hat. Das Ergebnis, das wird von der gesamten Presse anerkannt, bestätigt und unterstreicht die sozialistischen Erfolge bei den letzten Kammerwahlen. Besonders glänzend ist das Resultat im Norddepartement, wo in 8 Generalräte und 12 Kantonalräte gewählt wurden, und in 8 Departement Haute-Normandie, wo mit 10 an 10 Generalräte durchdrungen. Sehr schöne Erfolge erzielen wir auch in einigen rein ländlichen Departements — Allier. Ober um, — die zeigen, daß der Sozialismus in Frankreich auf dem flachen Lande definitiv Fuß gefaßt hat. Und das ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg.

Aus der Partei.

Wahlrechtsjustiz.

Weil er einen nicht genehmigten öffentlichen Aufzug „geleitet“ haben soll, beurteilte das Schöffengericht Magdeburg den Parteiführer Gen. Solgafest auf 100 Mark Geldstrafe. Der öffentliche Aufzug wurde in der Wahlrechtsdemonstration am 10. April gehalten. Aus der Tatsache, daß der Angeklagte die Schlussparole weitergegeben hatte, in Verbindung damit, daß er die Demonstration vorausgegangenen Versammlungen einberufen hatte, schloß das Gericht die Schuld des Angeklagten. Daß er vor Vernehmung den Aufzug verlassen und auch nicht an die Spitze getreten sei, wolle bei der bekannten strammen Disziplin der Sozialdemokratie nichts sagen. Bei den Sozialdemokraten genosse befaßlicht ein Wort der „Rührer“, um größere Parteien zu leiten. Wenn es dank dieser guten Leitung auch zu keinen Ausfuhrungen gekommen sei, so sei die Strafe doch so hoch bemessen, weil doch leicht durch irgend eine Involuntarität, von welcher Seite, möge dahingestellt bleiben, ein großes Unglück — „hätte“ entstehen — können.

Eine sozialistische Hochschule in England.

Zwei Schüler des Central Labour College, der Arbeiteruniversität in Oxford, haben auf der Durchreise in

Im Dunkel. (Nachdr. verb.)

Erzählung von Gustav Janson.

Uebersetzung aus dem Schwedischen von M. Lütjohann.

Der Baron lebte sich in seinen Stuhl zurück und ließ nach der Rede auf. Die klingende Stimme konnte seine Gedanken nicht länger fesseln, sie riefen ihre eigenen Wege. Was war er im Gebiete der historischen Forschung, mit der er sich viele Jahre lang beschäftigt hatte. Und dabei trat ihm der Name auf die Lippen, der am meisten bekannt ist und am häufigsten genannt wird, aber der Gedanke an den Träger dieses Namens war auf andere Weisen zu ihm übergegangen als auf jenen, welche die Rede des Predigers nicht die Macht des Tempels gehabt. Er sah ihn hervortreten aus dem Saal der Versammlungen, arm und bedacht, und er wandte sich an die Armen und Bedrückten. Er redete keine Reden, sondern lebendige, starke Worte, deren Echo durch die Jahrbücher weiter hallte. Unbekannte, namenlose Menschen trugen diese Worte als kostlichen Schatz zu den Elenden, zu den Unglücklichen, zu allen, die leer ausgegangen und empfinden die Mühsal und fühlten sich durch sie stark und reich. Aber die Großen der Erde glaubten ihre Macht gefährdet und fürchteten für ihr Eigentum; sie riefen ihre Anataxa, und als ihre Worte nichts halfen, nahmen sie ihre Zukunft zur Gewähr.

Der Baron lächelte wieder. „So ist die Macht“, dachte er, „die einen Menschen an Gläubigen hindern kann, wenn er gläubig wird.“ Und er sah vor sich, wie er durch sie, durch sie in seinen Gedanken alles, was uns von dem Briefwechsel zwischen Trajanus und Plinius erhalten geblieben. Eine der besten Gestalten, welche die Geschichte kennt, hatte das Christentum als einen bedauerlichen Irrglauben angesehen, aber im glücklichsten Fall als eine schädliche Schwärmerie. Und der größte und heile Plinius, einer der humanen Männer seiner Zeit, ließ Trajanus solten, nur weil sie Christen waren. Das Wohl des Staates verlangte das. Was gibt es, was das Wohl des Staates und der gesellschaftlichen Ordnung nicht ihnen verlangt hätten?

Der alte Jurist ließ seinen Nachbar leise in die Seite und der Baron sah auf. Die Welt war zu Ende, und die Welt wurde nicht die Stille, wie um eine Unstetigkeit zu entfernen. Welchen Gedankenwegen war er nachgegangen und zu welchen Schlussfolgerungen wurde er gelangt, wenn ihn niemand gestört hätte? Warum hochkam sah er sich um. Draußen

auf der Straße sagte er abrupt, als ob ihm die Worte halb unheimlich einschlich: „Ich geh nie wieder zur Kirche.“

Der alte Jurist betrachtete ihn mit einer ruhigen Frage in seinen Augen Augen.

„Nein“, sagte der Baron in einer Weite, die keine Einwendung duldet. „Ich würde sonst halb die letzten Akte eines Glaubens verlieren, den ich mit trotz allem noch erhalten habe und weiter erhalten möchte.“

Der alte Herr merkte die Erregung seines Begleiters und sah ein, wie eine Diskussion über diese Sache am allerwenigsten am Wege sein würde. Würdevoll und ruhig ging er weiter und der Baron folgte ihm, ohne zu fragen, wohin er ihn führte.

Von der Kirche, deren Turm der Baron bei einem Blick, den er zurückwarf, beinahe festlich mit einem erlärten, in die Höhe wachsenden Gefängnis verglich, bog er in eine der kleinen Nebenstraßen ab.

Der alte Herr hat ja nachgelassen. Ein kleiner Spaziergang vor dem schüchtern wurde wenig nichts schaden“, sagte der alte Jurist freimüßlich. Er hatte sich vorgenommen, nur gleichgültige Sachen zu berühren, so lange sich der Baron in seiner gegenwärtigen Gemütsstimmung befand.

Dieser ging schweigend neben ihm. Er war zu müde, um reden zu wollen, und amüßte ein lebhaftes Gefühl von Dankbarkeit gegen den alten Herrn, dem seine kluge Wohlwollen und Rücksicht über sein Willkür gemacht hatte.

Nach einer kleinen Viertelstunde gingen die beiden Herren eine breite Straße entlang, die in ihrer ängstlich schmerzhaften Modernität einen trüblichen Eindruck machte. Die hohen Häuser mit ihren fünf und sechs Stockwerken sahen sich so trübsalig an, und der Baron meinte, er könne von draußen sehen, wie jedes Zimmer in den Tausenden von Wohnungen gleich groß war, dieselben Tapeten hatte und dieselbe Einrichtung. Die ganze Straße war eine einzige Spekulation in Arbeiterwohnungen, die durch die Gleichheit an Material und Ausstattung sicherer geworden war. Alles war in vieler Hinsicht getrieben und der Baron dachte mit einem Anflug von Bitterkeit an die Vorteile des Kasernenstystems.

Die beiden Spaziergänger bogten um eine Ecke und gerieten unvermutet unter eine Echar von Arbeitern. Erregte Stimmen tönten durcheinander, Augen glühten der Erbitterung und die beiden sorgigen Gebärden rebeten ihre Stimmung, aber leicht vertrieben wurde die Echar, und die beiden Spaziergänger gingen ruhig weiter. Seine Gefühlsregung, aber den alten Juristen niemals im Stich ließ, hatte ihn das einzig Richtige wählten. Wären sie stehen geblieben und wieder umgekehrt, es wäre dasselbe gewesen wie ein Einsetzen feindlicher

Gefühle oder banger Furcht. Der Baron ging weiter; denn er hatte augenblicklich seinen Irrtum eingesehen, aber auch andere hatten ihn bemerkt. Eine ganze Weile war er die Pfleischeibe böhmischer, böhmischer Wäde und ungläubigen Schützengardes. Aber alle bogten ihm aus. Als er an den Berichten der Schuld des Angeklagten dachte, daß er vor Vernehmung den Aufzug verlassen und auch nicht an die Spitze getreten sei, wolle bei der bekannten strammen Disziplin der Sozialdemokratie nichts sagen. Bei den Sozialdemokraten genosse befaßlicht ein Wort der „Rührer“, um größere Parteien zu leiten. Wenn es dank dieser guten Leitung auch zu keinen Ausfuhrungen gekommen sei, so sei die Strafe doch so hoch bemessen, weil doch leicht durch irgend eine Involuntarität, von welcher Seite, möge dahingestellt bleiben, ein großes Unglück — „hätte“ entstehen — können.

Zwei Schüler des Central Labour College, der Arbeiteruniversität in Oxford, haben auf der Durchreise in Gefühle oder banger Furcht. Der Baron ging weiter; denn er hatte augenblicklich seinen Irrtum eingesehen, aber auch andere hatten ihn bemerkt. Eine ganze Weile war er die Pfleischeibe böhmischer, böhmischer Wäde und ungläubigen Schützengardes. Aber alle bogten ihm aus. Als er an den Berichten der Schuld des Angeklagten dachte, daß er vor Vernehmung den Aufzug verlassen und auch nicht an die Spitze getreten sei, wolle bei der bekannten strammen Disziplin der Sozialdemokratie nichts sagen. Bei den Sozialdemokraten genosse befaßlicht ein Wort der „Rührer“, um größere Parteien zu leiten. Wenn es dank dieser guten Leitung auch zu keinen Ausfuhrungen gekommen sei, so sei die Strafe doch so hoch bemessen, weil doch leicht durch irgend eine Involuntarität, von welcher Seite, möge dahingestellt bleiben, ein großes Unglück — „hätte“ entstehen — können.

Zwei Schüler des Central Labour College, der Arbeiteruniversität in Oxford, haben auf der Durchreise in Gefühle oder banger Furcht. Der Baron ging weiter; denn er hatte augenblicklich seinen Irrtum eingesehen, aber auch andere hatten ihn bemerkt. Eine ganze Weile war er die Pfleischeibe böhmischer, böhmischer Wäde und ungläubigen Schützengardes. Aber alle bogten ihm aus. Als er an den Berichten der Schuld des Angeklagten dachte, daß er vor Vernehmung den Aufzug verlassen und auch nicht an die Spitze getreten sei, wolle bei der bekannten strammen Disziplin der Sozialdemokratie nichts sagen. Bei den Sozialdemokraten genosse befaßlicht ein Wort der „Rührer“, um größere Parteien zu leiten. Wenn es dank dieser guten Leitung auch zu keinen Ausfuhrungen gekommen sei, so sei die Strafe doch so hoch bemessen, weil doch leicht durch irgend eine Involuntarität, von welcher Seite, möge dahingestellt bleiben, ein großes Unglück — „hätte“ entstehen — können.

Wavis dem Genossen Louquet interessante Angaben über Entstehung und Wirksamkeit ihrer Anstalt gemacht. Vor etwa zehn Jahren hinterließ der Professor P. Roman in Chicago 1 Million Dollar zur Errichtung einer Bildungstätte für junge Arbeiter an der alten Universität Oxford. Sie wurde gegründet als Austin College. Der Lehrgang war zwei Jahre. Die Studien- und Unterhaltungsstellen (jährlich 1000 Mk.) wurden von den Verbänden, die die Vorkurse übten, aufgebracht. Allmählich gewannen die reaktionären Organe der konservativen Universtität mehr Einfluss. Während den Gewerkschaften jedes Kontrollrecht verweigert blieb, hatten sie keinen einzigen Vertreter im Verwaltungsausschuss. Die Leitung ging soweit, daß sie den Unterricht in Sozialwissenschaft einstellen wollte. So kam es zum Bruch. Gelegenheit des vorjährigen Gewerkschaftscongresses wurde die Errichtung des Central Labour College beschlossen, das seit dem 1. September tätig ist. Es zählt 28 Schüler, von 20-24 Jahren, sämtlich früher Schüler des Austin College. 21 sind von den Gewerkschaften entlehnt (11 Bergarbeiter, 2 Eisenbahner, 2 Maschinenbauer usw.), einer kommt aus Himmelsland.

In Stelle des historisch-metaphysischen Unterrichts des Austin College steht die Sozialwissenschaft im Vordergrund. Die Lehrgangsstunden sind: 1. Wirtschaftskunde (Vesper, 7 bis 9, 25 Stunden für Geschichte, 25 für marxistische Volkswirtschaft). 2. Soziologie und Logik (1 Std.). 3. Philosophie (Dr. Stanton Coit). 4. Geschichte der sozialen (gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sozialistischen) Bewegung seit 200 Jahren (Dr. Charles). 5. Alte und moderne Geschichte (Prof. Fallows von der Universität Birmingham). Sämtliche Lehrer sind Sozialisten. Der Lehrgang dauert durchschnittlich zwei Jahre. Aufnahmefähigkeitsuntersuchungen müssen sämtliche Bewerber sein und einen Aufnahmehinweis durch die Gewerkschaften oder politischen Gegenstand einreichen. Sie leben zusammen und besorgen ihre Zimmer und Küche selbst.

Die Weltausstellung brennt!

Auf der Brüsseler Weltausstellung sind Sonntag nacht ungeheure Schätze verbrannt!

Ueber das furchtbare Unglück, das die Stadt Brüssel und mit ihr die ganze Kulturmenschen getroffen hat, geben wir folgendes Telegramm wieder:

Brüssel, 15. August. Die Brüsseler Weltausstellung brennt, und es dürfte kaum etwas von den großen Galerien Frankreichs, Belgiens, Italiens und Englands gerettet werden. Es bedeutet für die Stadt ein ungeheures Unglück. Sonntag abend fünf Minuten nach 9 Uhr brach das Publikum, das aus der belgischen Abteilung, die seit 8 Uhr abends geschlossen war, nach Hause wollten bringen. Ein wenig später zündeten die Flammen empor und um halb 10 Uhr stand bereits der größte Teil der Ausstellung in Flammen. Sämtliche internationalen Gebäude standen in Flammen und das Feuer verbreitete sich über die aus Leichten Holzgerüst bestehenden Galerien mit fabelhafter Schnelligkeit. Das Feuer kam in einem Restaurant aus. Die Funten flogen über das große Terrain hinweg und die Feuerwehr konnte nichts tun, als die eigentliche Stadt Brüssel und die deutsche Abteilung ebenso wie die französische Kolonialabteilung zu schützen. Das Publikum, das sich gestern in der ungewöhnlich großen Zahl von 70000 Personen auf dem Platze drängte, ergriff eine ungeheure Panik und unbeschädigte Szenen spielten sich ab.

Menschen sind bisher nicht umgekommen, wenn man auch bei dem allgemeinen Wirrwarr nichts Bestimmtes sagen kann, doch wurden in dem Gedränge zahlreiche Frauen und Kinder verletzt. Die Feuerlöcher leuchteten weit in die Lande hinein, und bei ihrem Schein sieht man auf den Straßen und Plätzen Brüssels jammernde und wehklagende Gruppen stehen, denn das Unglück ist unbeschreiblich für die Stadt. Ungezählte Millionen an Werten sind vernichtet. In der englischen Abteilung, die unmittelbar an die belgische stößt, wurden große Sammlungen von kostbaren Edelsteinen ausgelegt, ebenso Schmuck und Kristallwaren von unschätzbarem Werte. Alles wurde ein Raub der Flammen.

Brüssel, 15. August. Es bestätigt sich, daß die belgische, italienische, französische und englische Abteilungen völlig niedergebrannt sind. Auch der spanische Pavillon ist vollständig zerstört worden. Man nimmt an, daß das Feuer durch einen Kurzschluß im Hauptverwaltungsgebäude zum Ausbruch kam. Die in diesen Zierre, die sich in einer Menagerie im Vergnügungspark befinden, sollen ausgebrochen sein und sich in das Innere des Parkes geflüchtet haben. Die deutsche und holländische Abteilungen sind ungefähr 500 Meter weit vom Brande entfernt. Um 1 Uhr nachts brannte es noch ununterbrochen weiter. Nach der vorläufigen Schätzung sind Objekte im Werte von

fünfzig Millionen Frank verbrannt. Fast alle ausgestellten Waren verbrannten. Die Zier der Brüsseler Weltausstellung, die eben ihre erste Phase ihrer Arbeit beendet hatte, hatte ihr gesamtes Material und die Dokumente in dem belgischen Hauptverwaltungsgebäude deponiert. Alle diese Papiere sind verbrannt. Die Ausstellung wird heute für das Publikum geschlossen werden.

Brüssel, 15. August. Es gelang heute früh gegen 2 Uhr das Feuer etwas einzudämmen. Die wilden Tiere, die aus der Menagerie des Rirkemparkes in der Ausstellung entflohen waren, wurden alle getötet. Es veranlaßt, daß eine Person in dem Rirkempark umgekommen ist. Das ganze Terrain der Ausstellung ist in weitem Umkreise von Militär abgeperrt worden. Wie es jetzt heißt, soll das Feuer in einem sogenannten englischen Restaurant in Mürbissel durch Kurzschluß entstanden sein. Im dem Feuer Einhalt zu tun, mußten durch militärische Abteilungen einzelne Gebäude gesprengt werden. In einem heute nacht bereits verbrannten Extrablatt des Peuple wird die Bevölkerung aufgefordert, die Katastrophe, die die Brüsseler Weltausstellung betroffen hat, dadurch wieder gut zu machen, daß man so schnell wie möglich beginne, die vom Feuer zerstörten Teile wieder aufzubauen.

Gewerkschaftliches.

Der Krieg auf den Werften.

Nachdem die Gruppe Geschäftswerften des Arbeitgebersverbandes am 11. August ihren Aussperrungsbeschluss ausgeführt hat, ist der Streik der Werftarbeiter in seine zweite Folge eingetreten.

Die auf den deutschen Geschäftswerften beschäftigten Arbeiter hatten ihre Gewerkschaften beauftragt, auf das Arbeitsverhältnis bezügliche Forderungen einzuredeuen. Die Unternehmerorganisation lehnte diese Forderungen glatt ab.

und die Hamburger Werftarbeiter traten am 4. August in den Streik. Nicht nur die Mitglieder der freien Gewerkschaften, sondern auch die Mitglieder des Reichs-Dünderden Gewerkschaftsvereins und die der christlichen Organisation legten die Arbeit nieder. Selbst die große Mehrzahl der noch Unorganisierten schlossen sich dem Streik an, so daß die Gattien, an denen die Schiffe des Meeres, unsere modernen Schiffbauwerke entstehen, vom 5. August an abbe und verlassen datagen. In seftener Gefolgschaft wurde die fernere Leistung der Arbeit verweigert. Die Unternehmer drohen jetzt mit einer Aussperrung von 60 Prozent der Arbeiter aller in Betracht kommenden Werften. Diese ist denn auch bereits überall erfolgt.

Gewei die Situation zu übersehen ist, haben die Arbeiter nicht allzuviel Verhängnis für die Aussperrungsstatist gefunden. 60 Proz. wollte man aussperrten, um die Hamburger Werftarbeiter müde zu machen, 40 Proz. wollte man gnädig das Weiterarbeiten gestatten. Wohl in allen Werften ist die Aussperrung der 60 Proz. mit der Arbeitsniederlegung der übrigen beantwortet worden.

Statt der 9000 streikenden Werftarbeiter in Hamburg, die sich nach den Hamburger Nachrichten „mißbrauchen“ liehen, um die „politischen Geschäfte der Sozialdemokratie“ zu besorgen, bezogen dieses Geschäft nunmehr 25-30000 Arbeiter.

Der Kampf wachst sich zur Wachtprobe der Unternehmer gegen die Gesamtarbeiterschaft aus.

Die Gesamtarbeiterfront sieht schon jetzt im Binnenlande Arbeitswilligkeit, und zwar vertritt sie Handwerker für die Schiffe anzuheuern, die sich aber schriftlich verpflichten müssen, einige Zeit auf der Reparaturwerft zu arbeiten. Aufgepaßt!

Neidungen über Gewerkschaftskämpfe.

Im Sand Heingebiet Dresden-Pirna sind 306 Seilmenne in den Streik getreten. Sie verlangen eine schenprozentige Lohnerhöhung, sowie eine Erhöhung der Zuschläge auf den sogenannten Kohlereste. Durch die Vereinfachung der Architektur ist der Arbeitslohn um ein beträchtliches gefallen. Zugang nach dem Streikgebiet ist ferngehalten.

Die Arbeiter in Osnabrück sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Die wesentlichen Forderungen sind: Einführung von Minimallohnen, für männliche Arbeiter in Höhe von 19 bis 25 Mk., für Arbeiterinnen von 9 bis 14 Mk.; Begleichung der gesetzlichen Feiertage; Einführung der neunstündigen Arbeitszeit.

Die Arbeit niedergelegt haben die Arbeiter der Wilhelmshabener Brauereien und Bierzuckergeschäfte, nachdem die seit zwei Monaten gepflogenen Unterhandlungen ein die Arbeiter betriebsfähiges Resultat nicht erzielt haben.

Aus der Frauenbewegung.

Statistisches von der Mutterschaft.

Das große, vom Reichsstatistischen Amt bearbeitete Wert über die Fruchtbarkeit und Sterblichkeitsverhältnisse, das sich auf die Jahrzehnte langen Geschäftsergebnisse der Deutschen Statistik aufbaut, gibt uns über die Mutterschaft und ihre Begleitergebnisse wichtige Aufschlüsse. Es entziehen auf 1000 weibliche Personen Wochen-

Alters- klasse	überhaupt ohne Fräu- lichkeit (normal)	mit Fräu- lichkeit u. Fehlgeburten
15-19	22,6	17,7
20-24	111,6	90,3
25-29	137,4	110,2
30-34	112,4	86,1
35-39	87,0	60,0
40-44	44,0	31,3
45-49	4,8	2,5
50-54	0,5	0,3

Neuerst interessante Ergebnisse findet man, wenn die Mitglieder in pflicht- und freiwillige geteilt werden. Ertere sind jene, welche bis zur Entbindung die Erwerbstätigkeit fortgesetzt haben, letztere die, welche mindestens drei Wochen vorher die Arbeit niedergelegt hatten. Es entziehen auf 1000 Wochenbetenden überhaupt bei den Pflichtmitgliedern 17,2, bei den freiwilligen Mitgliedern aber nur 26 Fräu- und Fehlgeburten. Hier zeigt es sich deutlich, wie außerordentlich gut die Arbeitskraft in der letzten Zeit der Schwangerschaft wirkt. Bemerkenswert ist noch, daß die wenigen Fräu- und Fehlgeburten bei den freiwilligen durchschnittlich schwerer waren, als die zahlreichen der Pflichtmitglieder. Das scheint darauf hinzuweisen, daß die erkrankten Fälle nur auf die körperliche Konstitution der Mütterinnen zurückzuführen sind. Die Zahl der Todesfälle im Wochenbett war bei den Pflichtmitgliedern etwas größer, bei ihnen fielen auf 1000 Wochenbetenden 3,2, bei den freiwilligen 2,5 Todesfälle.

Betrachtet man die Häufigkeit der Schwangerschaft nach Berufsgruppen der Mitglieder, so stehen oben die Dienstmädchen. Es folgen dann die Textilarbeiterinnen, Handelskassabearbeiterinnen, Verkäuferinnen, Arbeiterinnen in Textil-, Mineralwasser- und Brauereien usw. Am verhältnismäßig geringsten sind die Zahlen bei den Bureau- und Ladenpersonal. Auf 1000 Wochenbetenden entziehen Fräu- und Fehlgeburten 34,3, Ladenpersonal 28,1, Arbeiterinnen in Spielwarenfabriken 25,5, Wäschereierinnen und Plätterinnen 11,1, Schneiderinnen 13,2, Buchbinderinnen 10,2 usw. Bei der Beziehung der Fräu- und Fehlgeburten auf den Beruf ist daran zu erinnern, daß es sich bei ihnen entweder um eine ungewollte Schwangerschaft durch zu schwere Arbeit, durch Gifte wie Mehl usw. oder um willkürliche Zerbewerfung von Fräu- und Fehlgeburten oder um das Zusammenwirken beider dieser Ursachen handeln kann. Von den mit der Mutterschaft verbundenen Krankheiten waren der Reihe nach am häufigsten Mutungen, Entzündungen der Brüste, Kindbettfieber usw. Am zahlreichsten waren die Mutungen bei den Fabrikarbeiterinnen. Die Zahlen beweisen mehr als alles andere die Notwendigkeit einer durchgreifenden Mutterschaftsversicherung.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die schon erscheinende Nummer 17 hat unter anderem folgenden Inhalt: Vom sozialistischen Endziel. — Nach dem Sozialistengesetz. Von Wilhelm Schweder. — Soziale Verhältnisse in Oberdeutsch. (Münchener). Von Th. Müller. — Vom der Jugendfunkkommission in Kiel. — Unfallgefahren und Unfallversicherung der jugendlichen Arbeiter. Von F. Meis. — Drei Fremde. Von E. Thurov. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegsausbruch usw. — Zeilage: Es lebe die Freiheit! Erzählung aus dem Mosauer Barikadenkampf. Von Dimitriowa. — Unter den Naturvölkern Zentral-Brasiliens. (Münchener). — Was soll ich lesen? Von F. Wordinger. — Sprüche. — Der begehrende Wunsch. Ein Märchen von Max Winter.

Soziales.

Das reichliche Gefängniswesen.

Vom reichlichen Justizministerium werden zurzeit 1066 Gefängnisse unterhalten, die zur Aufnahme von Untersuchungsangelegenheiten und Strafangelegenheiten dienen. Die Zahl der Inhaftierten betrug voriges Jahr 32 105. Außer diesen unterhalten das Ministerium des Innern 35 Anstalten, davon 32 Strafgefängnisse zur Aufnahme der zu Justizanstalten Verurteilten, in denen zusammen 21 311 Personen untergebracht waren. Die Verurteilungen zu Freiheitsstrafen fielen seit 1882 relativ zurückgegangen. Betrug die Kriminalitätsziffer, d. h. die Zahl der zu Freiheitsstrafen Verurteilten auf 100 000 Personen im Alter von über 12 Jahren im Jahre 1882 noch 759,3, so betrug sie im Jahre 1907, dem letzten statistisch erfaßten Berichtsjahre, 580,6, also 24,4 Proz. weniger. Am höchsten ist die Abnahme der Zahl der zu Justizanstalten Verurteilten; sie ist von 13 417 mit einer Kriminalitätsziffer von 42,3 im Jahre 1882 auf 7463 mit einer Kriminalitätsziffer von 17,2 oder um 59,3 Prozent im Jahre 1907 gesunken. Im Durchschnitt wurden in den Jahren 1907 und 1908 in sämtlichen Gefängnissen und Strafgefängnissen wöchentlich 21 000 Personen aufgenommen. Im Jahre 1908, dem Jahre der wirtschaftlichen Krise, machte sich ein geringes Anwachsen der Verurteilungen zu Freiheitsstrafen bemerkbar.

Die Inhaftisierungen werden während der Haftzeit mit allerlei Arbeiten beschäftigt. 1908 wurden auch 1131 Gefängnisse zu Landesbauarbeiten herangezogen. Die Verwendung zu Arbeiten für Privatunternehmer ist zurückgegangen, und zwar von 78 Prozent im Jahre 1888 auf 47,63 Prozent im Jahre 1908. Die der Gefangenen gewährte „Belohnung“ für fleißige und gute Arbeit betrug im Jahre 1908 zusammen 260 203 Mk. Der „Ertrag“ der Gefängnisarbeit wird immer geringer, da für sämtliche für die einzelnen Anstalten geleisteten Arbeiten Arbeitslöhne ganz außer Ansatz bleiben. Für die sonstigen Arbeiten für Reichs- und Staatsbedürfnisse werden pro Arbeitsstunde 40 Pf. für Privatunternehmer 60 Pf. in Rechnung gestellt. Hieraus ist ersichtlich, welche schweren Schädigungen der Arbeiterschaft aus der Kontraktur durch die Gefängnisarbeit entstehen.

X. Verbandstag des Zentralverbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

k. r. Halle, 13. August.

Sechster Verhandlungstag.

Neun Anträge aus den verschiedenen Teilen des Reiches wollten eine bedeutende Umänderung der Gemeinleistung herbeiführen. Schönebeck wollte den Gau I geteilt und den Sitz des zweiten Gauleiters nach Magdeburg verlegt wissen. Eisenberg, Dresden und Gienach wollten den Gau 2 teilen und den Sitz des neuen Gauers in Halle, Ertrage der Weinart legen. Bremen verlangte Teilung des Gaues 13 mit dem Reich in Bremen, — Oden, Essen, Köln die Teilung des Gaues 12 und Errichtung eines selbständigen Gaues für das Ruhrgebiet. Götting und Regensburg wünschten für Niederdeutsch einen besonderen Gauleiter mit Sitz in Götting anzuordnen, und Reich wollte den Sitz des Gauers nach Wiesbaden verlegt sehen. — All diese Anträge, bei denen es sich um schwerwiegende organisatorische Fragen handelte, wurden dem Vorstande und den Gauleitern zur gemeinsamen Erledigung überwiehen. Ebenfalls ein Antrag, den Dr. Ehrhard von der Zahlstelle Ballershausen loszulassen, weil er im Kon von Ballershausen gemeint und kein einheitliches Arbeitsgebiet mit dieser Stadt bildet.

Bezüglich der Bezeichnung der Gaukonferenzen wurde beschlossen, daß alle Zahlstellen in den Gaukonferenzen einen Vertreter entsenden können; jedoch ist es zulässig, daß Zahlstellen mit über 300 Mitgliedern zwei, Zahlstellen mit über tausend Mitgliedern drei Delegierte entsenden.

Dann wurde der Beschluß gefaßt, daß alle Angehörigen des Verbandes in jedem Jahre 14 Tage Ferien erhalten sollen und daß der nächste Verbandstag eine Regelung der Beamtengehälter herbeiführen soll.

Aus zehn Orten waren Anträge auf Verflechtung mit den Organisationen der Textilarbeiter, Lederarbeiter, Staats- und Gemeinbediensteter resp. für den Zusammenhalt aller ungelerten Arbeiter in allen Industriezweigen, auf Erzeugung von Einigkeit und Einigkeit, auf Verflechtung mit den Gewerkschaften und auf Abgrenzung der Grenzen der Gewerkschaften wurde folgende Resolution Hannover angenommen:

„Infolge des Ueberflusses der Vorstände unteres und des Gemeinbediensteterverbandes im Jahre 1908 sollte fortan der Gemeinbediensteterverband für die Gesamtzahl zuständig sein.“

Untere Mitglieder in einer Anzahl in Privatbetriebe befindlicher Gewerkschaften haben es bisher abgesehen, zum Gemeinbediensteterverband überzutreten. Sie haben vielmehr die Werksarbeit für unseren Verband fortgesetzt. Die Mitglieder der Zahlstelle Hannover, sowie jene in der belgischen Gesamtanstalt beschäftigt sind, (siehe 250) haben erklärt, in unserem Verband bleiben zu wollen und nach wie vor die Werksarbeit nur für unseren Verband zu leisten, weil sie die Gesamtzahlen aus der chemischen Industrie beizubehalten.

Die Mitgliederzahl Hannover hat sich dieser Anweisung angeschlossen und erfuhr den Verbandstag, den Vorstand zu beauftragen, daß derselbe Ueberflusses mit dem Gemeinbediensteterverband zu lösen.“

Damit waren alle Anträge, die das Statut betreffen, erledigt. Der Verbandstag erklärte einstimmig, daß alle 14 Reichsteile am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten sollen. Der Vorstand wurde dann nach der Auftrag erteilt, für den nächsten Verbandstag eine Vorlage über Statutenbeiträge auszuarbeiten und sie vor Statuten des nächsten Verbandstages rechtzeitig im „Proletarier“ zur Diskussion zu stellen.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden die alten Vorstände fölligen und der Neubeitern einstimmig wiedergewählt, ebenso alle Revisionskommission. Dr. v. S. Wohnung wurde wieder als Vorsitzender des Ausschusses bestätigt, Karl v. Hamburg als sein Vertreter ernannt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Der Verbandsvorstand trat in einem Hinblick auf die Tagung und in einem begehrenden Appell an die Ferne und den Oberstern, den die Delegierten nicht auch für die Zukunft den Verband gegenüber besorgen werden, die der Sonntag Abend, daß die Beschlüsse dem Verbande zum Nutzen und zur Fortentwicklung dienen mögen.

Ein dreifaches Hoch schloß die Tagung. Etwa 600 Delegierten den ersten Vers der Marzialität.

Witigung.

Ertrag. Für Parteiwörter. Vom Zweigverein d. Maurer durch W. Richter 14,50 Mk. erhalten. Raumann, Mühlberg.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Ueberlicht, Parteinarbeiten, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Paul Hennig, für Lokales, Provinziales und Versammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer enthält 2 Seiten.

Negation der Sozialdemokratie.

Das Vorgehen der babilonischen Fraktion hat den Herausgeber der babilonischen Monatshefte, Dr. Bloch, zu einem Pronunciamento, einer programmatischen Kundgebung, veranlaßt, die mit Konsequenz und logischer Schärfe, wenn auch nicht die letzten, so doch immerhin die vorletzten Ziele enthält, zu der die Taktik der babilonischen Fraktion führen soll. Die Artikelserie, die Genosse Klobz zur Verfestigung seiner und seiner Kollegen Haltung veröffentlicht hat, betragt sich in ähnlichen Gedankenrichtungen, nur daß sie in den Voraussetzungen tiefer liegt und davon absieht, die Folgerungen zu ziehen, vor denen Dr. Bloch nicht zurückweicht. Dr. Bloch mag vielen eigenen Gesinnungsgenossen als das entsetzliche, das Schreckensbild des Revisionismus gelten, aber der Schrecken rührt daher, daß hinter die Wahrheit liegen.

Dr. Bloch beginnt mit einer Darlegung der allgemeinen politischen Situation, die der Sozialdemokratie eine Politik der Transigenz, der Zugeständnisse, des Zusammenarbeitens mit anderen Parteien zur Pflicht macht. Das Welterperiment des Fürsten Bülow habe zum erstenmal in Deutschland einen betugelten Parlamentarismus angebahnt. Dieser erste Versuch habe in allen politischen Kreisen, selbst in denen, die es nicht wahr haben wollen, das Vertrauen nach einer allmählichen Annäherung an die parlamentarische Regierungsmethode hinterlassen, wenn auch auf Grundlage ganz anderer Parteifissionen. Der ungeliebte neue Leiter der Regierung habe das anfangs nicht begriffen. Die Erfahrungen mit der preussischen Wahlreform aber habe ihn eines Besseren belehrt. Dies beweist der Ministerwechsel. Die deutsche, rein journalistische, politisch unerschöpfere Presse habe diesen meist nur in kleinlich-personeller Weise behandelt. Dr. Bloch aber sieht darin den Beweis, daß man in der Regierung das Reformprinzip, bei dem jeder Minister seine eigene Politik treiben kann, aufgeben möchte und den Wert der Souveränität der Regierung einzusehen beginnt. Die Einheitsliste der Regierung liefert müsse damit die Übereinstimmung zwischen Regierung und Parlamentarismus folgen.

Man sieht, Dr. Bloch ist ein strenger Kritiker. Für die deutsche Presse — und das ist gewiß vor allem die sozialdemokratische und demokratisch-liberale gemeint — kann er nicht genug harte Worte finden. Und mit Recht. War sie doch bisher der Meinung, daß einem parlamentarischen System nach westeuropäischem Muster in Deutschland sowohl bei der Regierung und ihren Stützen in der Bureaucratie, in den Hof- und Ministerkreisen, als auch bei den reaktionären Parteien, den Konserwativen, dem Zentrum und selbst einem Teil der Rationalliberalen die größten Hindernisse würden bereitet werden. Doch Dr. Bloch weiß es besser. Er weiß, daß alle politischen Kreise, selbst die, die es „nicht wahr haben“ wollen, eine Annäherung an die parlamentarische Regierungsmethode verlangen. Gegen diese Erkenntnis des Unbewußten wird freilich die „deutsche Presse“ nicht aufkommen können.

Und doch, welche Perspektiven eröffnet solche Politik, die sich nur auf das Unbewußte gründet! Da ist jeder Weibmann mit seinen neuen Ministern und seiner „Somogenität“. Die Presse sah in der Erneuerung einiger freier, unabhängiger richterlicher Bureaucratien, die Freunde der Königs- oder des Kaisers waren, in ihrer kleinlich-personeller Weise sicher alles andere als einen Systemwechsel. Dr. Bloch weiß, daß die „Somogenität“ nur dazu dienen soll, eine Lebensreform zwischen Regierung und Parlamentarismus (im preussischen Dreiklassenhaus oder im jetzigen oder erst im künftigen Reichstag) vorzubereiten. Herr v. Weßmann wird das nachher selbst „nicht wahr haben“ wollen, aber was kann das unseren Politikern des Unbewußten bestimmen? Er überläßt der unerschöpflichen deutschen Presse die Erinnerung, daß niemand eifersüchtiger als Weßmann auf die „Somogenität“ der Regierung geschaut und eigene Politik der „Somogenität“ verbrocht hätte, ohne daß solcher „Somogenität“ je die „Übereinstimmung zwischen Regierung und Parlament“ gefolgt wäre. Ihm genügt es, wenn er aus dem Studium des Unbewußten die Überzeugung gewonnen hat, daß jetzt der psychologische Moment für die Sozialdemokratie gekommen sei, ihre bisherige Politik völlig zu ändern.

Damit ist zugleich das psychologische Moment für unsere Kritiker gekommen, sich der Unklarheit zu werden, die eine Politik des Zusammenarbeitens der Arbeiterpartei mit den bürgerlichen Parteien entgegensteht und damit gewinnt auch jene Darlegung einen ersten Charakter. Was das Gerücht vom Großklub von Weßmann bis Reich unentwärtlich macht, ist der Umstand, daß kein einziger der Reformator irgendwie sich bemüht, die konkreten Voraussetzungen und Ziele zu bestimmen, denen dieses politische Gebilde dienen sollte. Denn da die blaue-schwarze Koalition ihre Majorität im Reichstage verliere, ist ein Ziel, wozu es keiner besonderen weitgehenden politischen Abmachungen bedarf. Die Stimmung in den Volksmassen bürgt dafür, daß Zentrum und Konserwative im künftigen Reichstage allein nicht mehr die Majorität haben werden. Wie stark sie geschwächt werden, hängt von der Haltung der liberalen Parteien in den Reichstagen ab. Wird keine liberal-Christliche für einen Mittwegenen Reaktionär abgegeben, so wird die Stellung der Rechten außerordentlich erschwert. Können sich die Liberalen dazu nicht entschließen, so kommen die Blauschwarzen besser davon und die Liberalen erweisen sich wieder einmal als Helfershelfer der Konserwativen und Reaktionären. Die Sozialdemokratie wird überseht dafür Sorge zu tragen haben, alles zu tun, was den schlimmsten und gefährlichsten Gegnern der Arbeiterklasse Abbruch tut.

Der neue Reichstag wird sehr wichtige Probleme zu entscheiden haben. Vor allem wird die Erneuerung der Dannebergverträge alle Fragen unserer Politik und Wirtschaftspolitik aufwerfen. Der Anlauf des Politischen Reiches stellt das Parlament vor die Frage der Einschränkung der Rüstungen und einer Vereinbarung mit England. Neue Militärs- und neue Steuerborlagen werden die Klassengegenfälle in aller Schärfe in den parlamentarischen Kämpfen wiederbringen. Und gerade in diesen wichtigsten Fragen, die über die politische Zukunft Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung sind, sind Rationalliberale — um von den Fortschrittlichen zu

schweigen — und Sozialdemokratie Feinde. Die Rationalliberalen sind die Treiber in der Welt- und Rüstungspolitik, sind die Interessenten der expansionistischen Kolonialpolitik und zu allem Überflusse fast durchweg die schlagendsten Gegner der Sozialpolitik. Dr. Bloch aber verlangt nicht etwa nur Schicksalshilfe für die Liberalen, sondern ein dauerndes Zusammenarbeiten nach den Bahnen im Parlament. Er erwartet er von den Rationalliberalen, daß sie plötzlich ihre ganze Stellung ändern und wirklich liberale Politik machen? Keineswegs. Ein solcher Platonismus ist Dr. Bloch nicht. Er verlangt Entgegenkommen, aber nicht von den Rationalliberalen, sondern von den Sozialdemokraten und — so ungläublich das klingt — von den Fortschrittlichen. Wir müssen ihn selbst sprechen lassen:

„Im die Günst der Lage wirklich auszunutzen zu können, sind aber vor allem zwei Dinge nötig. Einmal: Man darf nicht wieder durch die Meinung einer verkehrten Wirtschaftspolitik die Realität der eigenen Auffassung benehmen. Die neue Koalition, die sich bilden könnte, darf keine antiagrarische Spitze haben, muß vielmehr die produktiven Kräfte von Stadt und Land zu umfassen suchen. Der Fehler des Liberalismus alten Stils, die Förderung der landwirtschaftlichen Interessen als reaktionär zu betrachten — ein Fehler, der die Bauern zum politischen Konservatismus gebracht, daher nur diesen gefährlich hat — muß endlich guthesamt werden. Die rein ökonomische Forderung der Sozialpolitik kann nie die Tragfähigkeit haben, die zu einer wirklichen Neugestaltung notwendig ist; das formal Politische hat nur dann Wert, wenn es der Ausbruch der sozialen Realitäten ist, also der Abwägung der ökonomischen Interessen der einzelnen produktiven Schichten. Ein Politik gegen die Landwirtschaft ist in Deutschland nicht nur ökonomisch verfehlt, sondern im eigentlichen Sinn ausfallslos; man muß eine industriell-agrarische und agrarische Politik treiben.“

Wahen wir zunächst bei diesem Punkte. Als Vertreter der Arbeiterklasse, muß die Sozialdemokratie in Deutschland nie liberal in entwickelten kapitalistischen Staaten die industriellen und landwirtschaftlichen Ziele beträmpfen. Die Bekämpfung der landwirtschaftlichen Ziele namentlich wird um so wichtiger, je mehr in der neuesten Entwicklungssphase des Kapitalismus eine Tendenz der Zerteuerung aller landwirtschaftlichen Produkte sich durchzieht. Dieses Klasseninteresse der arbeitenden Massen bringt sie in Gegensatz zu den Rationalliberalen, die zu den Vätern des Hochschulbols gehören. Dr. Bloch will aber die „neue Koalition“ nicht an solchen Meinigkeiten scheitern lassen. Das proletarische Interesse an niedrigen Lebensmittelpreisen muß deshalb nicht ausbleiben und bodenloslos aufrecht werden. Ein Sozialdemokratie muß aufstehen, die agrarische Schutzpolitik zu bekämpfen, das unmittelbare und wichtige Interesse der Arbeiter zu verteidigen. Das ist die erste Voraussetzung der reformistischen Politik.

Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.

Jahresbericht.

Der letzte Kreisstag wählte als Kreisvertrauensmann den Genossen P. H. Schöler und als Kreissekretär den Genossen P. H. Schöler-Wittenberg. Dadurch wurde die Kreisleitung auf beide Parteien verteilt und durch diesen Mubus die Arbeit sehr erleichtert. Zur Erledigung der inneren Angelegenheiten des Kreises hielt die Kreisleitung mit Ausübung der Agitationskommission in öffentliche und eine außerordentliche Sitzung ab. Die inneren Angelegenheiten des Kreises betrafen die Neuregelung der Kassenführung. Hierzu mußte viel Geduld, Mühe und Arbeit verwandt werden; es gelang aber zum Besten der Organisation und sind dadurch im ganzen Kreise geregelte Kassenverhältnisse geschaffen worden. Wichtig wurde auch die Verhandlung über die Verlegung der Wertschätzung (Gen. P. H. Schöler-Berlin und Schöler-Pöteritz), der Bezirksrat (Hins Genossen), die Mitarbeiterinnen in Halle (ein Genosse). Außerdem wurden von Mitgliedern der Agitationskommission folgende Orte besucht: Witzleben, Kemberg, Habis, Schmiedeburg, Schönebach, Schweinitz, Trebitz und Jajna. Diese Kreistage hatten nicht in die Zeit der Wahlrechtsbewegung. Mit den Freitagstagsveranstaltungen fand im Lauffaß eine Aussprache über „Sozialpolitik“ statt. Ob diese Leute als festangestellte Prediger auch so reden werden, wie sie es sich jetzt in ihrem Kandidatenloste ausmalen? Die Kassenberichterstattung war für manche Mitglieder ein Hindernis. Die Zahl der Arbeiter im ganzen Kreise ist wenig, es ist dies ein erfreuliches Zeichen, daß sich diese Agitationsarbeit immer mehr einbürgert. Schiedsgerichte wurden in Klein-Wittenberg zweimal und in Schmiedeburg einmal abgehalten. Die Ursachen waren prinzipielle und persönliche Streitigkeiten zwischen den beteiligten Genossen. Wegen diese Vorfälle mehr und mehr verschwinden. Sitzungen mit den Bezirksführern fanden drei statt. Anlaß waren die Kalender- und Flugblattverbreitung während der Wahlrechtsbewegung, sowie die Vorbereitung zur Waiseier. — Die Kreisleitung hätte den Gen. Hoffmann-Berlin gern als Referenten genommen, aber trotz verschiedener Briefe und Karten war alle Rücksicht umsonst. Gen. Hoffmann ist für uns „immer bereit“. — Einzelne Filialen lieferten eine so mangelhafte Abrechnung, daß es nötig wurde, diese Orte von Genossen besuchen zu lassen. — Die Vereine im Kreise wurden zwecks Flugblattverbreitung neu eingeteilt. Hauptpunkt war die von Arbeiter der Kreisleitung eine sehr schwierige, da ohne einen Anknüpfungspunkt gearbeitet werden mußte.

Die Agitation im Kreise legte erst langsam ein, um dann während der Wahlrechtsbewegung mit Hochdruck betrieben zu werden. Als der Parteivorstand die Genossen aufsuchte, gegen die formale „Wahlkreis“ zu demontrieren, schickte uns unser Kreis nicht. Am 13. Februar fanden Wahlrechtsveranstaltungen statt in Wittenberg, Jajna und Kemberg. In Wittenberg wurde vor und nach der Veranstaltung auf der Straße demonstriert. Im Vorabend der Veranstaltungen fand eine allgemeine Flugblattverteilung statt. Dasselbe geschah am 8. März, am folgenden Sonntag fanden wieder Parteiveranstaltungen in Kemberg, Wittenberg und Jajna statt. Am Anknüpfung an diese Veranstaltungen wurde in Kemberg und Wittenberg demonstriert. Bei der Wittenberger Demonstration wurde eine „Reaktion“ und mehrere Demonstrationen vorgenommen. Folgende Punkte sind nicht enthalten. Als nun die dritte Lesung der „Reform“ im Landtage stattfinden sollte, wurde nochmals ein Vorstoß unternommen. Gatten in Wittenberg bisher immer nur einige hundert Genossen demonstriert, so war alles erlaubt, als am Dienstag, den 14. März, abends nach 7 Uhr, im Saal der Wittenberger, Jajna und Kemberg und Pöteritz die Straßen der Stadt unter fortwährenden Schreufen auf das freie Wahlrecht durchzogen. So mancher Schiedsrichter freimüthiger Gouleur hat an diesem Abend Haus- und Türen verschlossen, denn er dachte, „es geht los!“ Nach

den Veranstaltungen dieses „Umwegs“ ludt die Wittenberger Polizei noch heute. Am 10. April fanden dann zum letzten Male Parteiveranstaltungen statt, und zwar in den schon oben genannten Orten. In den Veranstaltungen wurde sehr für Partei und Presse agitiert. Der Erfolg ist aus den unten stehenden Tabellen ersichtlich. In diesen Veranstaltungen sprachen als Referenten die Genossen P. H. Schöler, Berlin, G. H. Schöler, Halle, K. H. Schöler, Wittenberg, Wittenberg, während in den übrigen Orten Genossen von der Agitationskommission referierten. — Die Parteiführer fanden am 19. März in K. H. Wittenberg im Kronprinzip statt. Die Presse hielt Genosse Klobz in Halle. — Da im Berichtsjahre der 1. Mai auf einen Sonntag fiel, wurde in Wittenberg um Genehmigung eines Umwegs nachgefragt. Wie zu erwarten, lehnte die Stadtverwaltung dieses Gesuch in Form einer meterlangen „Wegleitung“ ab. Die Genossen zogen trotzdem truppeartig nach dem Kronprinzip. Auch in Kemberg und Jajna fanden Parteien statt. In Jajna wurde außerdem demonstriert. In Wittenberg sprach Gen. P. H. Schöler, in Jajna Gen. Schöler, Wittenberg und in Kemberg ein tiefer Genosse. Zwei Genossen von der Agitationskommission referierten am 1. Mai in Halle und im Mansfelder Kreise. Zur Wittenberger Feier wurden die ausgewählten Vorarbeiter, Pöteritz, K. H. Schöler, Berlin, G. H. Schöler, Halle, Berlin, die Pöteritzgenossen wurden von der Agitationskommission die eingeladenen Filialen und Orte mehrere Male besucht und in den dortigen Filialenveranstaltungen kleinere Worträge gehalten. — Am 6. Juni fand eine Verbreitung von 30000 Flugblättern im Kreise statt. Bei dieser Gelegenheit zogen sich wieder einige Ordnungshüter mit den bestehenden Gesetzen sehr wenig zurück. Wegen die Beschagnahme der Flugblätter durch den Gen. Schöler in Schlieben wurde Beschwerde erhoben mit dem Erfolg, daß wir wieder in den Besitz der Blätter gelangt sind. — Der Ort P. H. a. u., wofür sich in letzter Zeit mehrere Genossen zumangewunden haben, wurde dem Bezirk Wittenberg als Distrikt überwiehen, bis in Pratau ein selbständiger Bezirk gegründet werden kann.

Am Agitationsfahrten wurden im Kreise verbreitet: 6500 Kalender, 30 Parteitagprotokolle, 600 Agitationsbrochüren, 1000 Schiedsgerichte, 27 600 Demagogien. Die Beteiligung der Genossen an dieser Arbeit war eine zufriedenstellende. Wenn man in Erwägung zieht, daß der Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz mit einem Flächeninhalt von 1800 Quadratkilometer der größte des Agitationsbezirks Halle ist, daß es viele Orte im Wahlkreise gibt, welche vom Wittenberg aus per Bahn in einem Tage nicht besucht werden können, dann darf ermutigt, daß im ganzen Schweinitz Kreise jetzt nur ein Duzend Genossen vorhanden waren, so kann man sich ungefähr ein Bild von der Schwierigkeit der Agitation im Kreise machen.

Der Parteivortrag beträgt 145 Ausgaben und 64 Eingänge, auch hierbei ist die Arbeit um ein erhebliches gestiegen.

Die Zahl der uns zur Verfügung stehenden Sozialen beträgt in Wittenberg 2, K. H. Wittenberg 2, Kemberg 1, Jajna 1. Das gerade unter dem Mangel an Veranlagungsstellen liegt, daß es viele Orte im Wahlkreise gibt, welche vom Wittenberg aus per Bahn in einem Tage nicht besucht werden können, dann darf ermutigt, daß im ganzen Schweinitz Kreise jetzt nur ein Duzend Genossen vorhanden waren, so kann man sich ungefähr ein Bild von der Schwierigkeit der Agitation im Kreise machen.

Kassen- und Revisions-Bericht.

1. Einnahme und Ausgabe der Kreisoffize.

Table with 2 columns: Einnahme and Ausgabe. Rows include: 1. Kassenbestand am 1. Juli 1909, 2. Beiträge aus den Orten, 3. Kalender, 4. Sammelstellen, 5. Parteitagsprotokolle, 6. Beranlagungen, 7. Vom der Sparskasse, 8. Sonstiges. Summa 1901,47 RM.

Table with 2 columns: Einnahme and Ausgabe. Rows include: 1. Agitation, 2. Delegationen (Parteitag, Preuentag, Kreisstag, Kreisag u. l. w.), 3. Referate, 4. Strafen, 5. Verwaltungsstellen und Sitzungsgelder, 6. An Gen. Freudenberg, Entschädigung für das IV Quartal 1909, 7. Zuschuß an die Volksblatt-Exp. Wittenberg für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1909, 8. Druckkosten, Flugblätter u. Kalender, 9. Bezirksbeitrag, 10. Parteibeitrag, 11. An die Sparskassen, 12. Für Zeitungen, 13. Porto, 14. Unterhaltungen, 15. Sonstiges, 16. Kassenbestand am 30. Juni 1910. Summa 1901,47 RM.

Vermögensbericht am 1. Juli 1909, am 1. Juli 1910, mitfin mehr 319,87 RM.

2. Mitgliederbewegung.

Table with 10 columns: Ort, bestamm, bestamm, bestamm, bestamm, bestamm, bestamm, bestamm, bestamm, bestamm. Rows include: Wittenberg, Kleinwittenberg, Kemberg, Schmiedeburg, Trebitz, Jajna, Schweinitz, Pöteritz, and a final row for totals (Zusammen).

Rechnungen waren im ganzen Kreise 288; 32 Gewissen sind abgereicht und ausgehändigt.

3. Verlaufs-Vertragsarbeiten.

Orte	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal		Zusammen	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Wittenberg	278	31	668	94	947	42	758	94	2351	2621
M.-Wittenberg	273	100	306	100	288	100	169	189	19	19
Wittenberg	45	44	44	15	31	4	77	16	169	19
Wittenberg	47	44	38	35	15	15	133	133		
Wittenberg	26	36	35	1	94	1	212	212		
Wittenberg	25	44	4	4	22	9	91	91		
Wittenberg	8	4	6	4	9	9	27	27		
Summa	702	1139	94	1115	1294	199	1276	1586		

Die Abrechnung für Wittenberg (Ort) umfasst nur 10 Monate, da für Juli und August 1909 der Kreisoffizier die Rasse mit der

bei Weisles gemeinsam geführt hat, deshalb ergeben sich zwischen dem betreffenden Offizier Unstimmigkeiten. — Die Abrechnung von Weisberg gilt nur für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1910.

4. Einnahme und Ausgabe in den Orten.

Orte	Aufgaben		Einnahmen		Ausgaben		Saldo
	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.	
Wittenberg	21,60	705,30	26,10	—	0,85	783,85	
M.-Wittenberg	23,90	4,35	350,70	30,—	3,—	411,95	
Wittenberg	—	4,50	37,50	1,90	18,60	—	
Wittenberg	—	0,60	49,80	—	10,94	61,94	
Wittenberg	0,34	0,60	—	—	—	407,45	
Wittenberg	4,90	5,40	63,30	0,20	42,05	11,60	
Wittenberg	—	1,20	27,80	—	11,93	40,43	
Wittenberg	2,35	0,30	8,10	—	6,55	17,70	
Summa	31,89	37,95	1282,50	68,60	60,65	1515,46	

Ausgabe.

Orte	Agitation		Befehle		Sinfar		Bundreden		Vorfammlungen		Unterhaltungen		Bereitgung der Halbes		Bereitgung des Expediential		Sonstige		Preisliste		Sonstige		Summa	
	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.	1. 7. 0.	2. 7. 0.				
Wittenberg	18,50	15,—	10,10	—	0,50	—	2,50	81,29	11,09	74,45	830,—	17,99	759,35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
M.-Wittenberg	49,25	—	—	—	3,50	3,—	—	44,—	2,50	8,20	190,—	11,50	611,95	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wittenberg	2,—	2,—	14,—	1,50	—	—	21,50	6,20	2,15	—	13,10	0,05	62,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wittenberg	5,18	3,50	—	—	—	—	—	8,85	0,50	0,55	38,50	2,26	61,74	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wittenberg	5,50	10,—	—	—	0,60	—	—	3,98	0,70	—	86,04	0,04	40,34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wittenberg	0,85	—	—	—	—	—	—	6,37	1,80	13,64	7,75	8,65	127,45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wittenberg	—	—	—	—	—	—	—	8,18	5,45	8,80	5,45	4,03	40,43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberg	—	—	—	—	—	—	—	0,14	1,65	6,58	9,25	6,56	17,70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa	89,28	30,56	—	—	4,10	21,50	2,50	128,92	25,79	115,10	1002,74	59,09	1515,46	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 15. August 1910.

Das Parteileid.

Der fällt alle die Tausende, die gehen nach dem Volkspartei, um teilzunehmen an dem Parteileid der organisierten Halleischen Arbeiter. Es wäre ein vorzügliches Versehen. Denn wollte sich der regenswerde Himmel am ganzen Sonntag und auch in der zweiten Nachmittagsstunde vor keine Aussicht auf Besserung. Ein herabziehender heftiger Regen konnte den Zutritt der Parteiführer jedoch nicht kommen und als bald brauchte aus blauem Himmel die Sonne herauszukommen, was der große, schöne, schattige Garten in Wäldchen auf den letzten Platz gefüllt. Die inneren Räume und auch der Hintergarten, welcher der Jugend überlassen war, zeigte das selbe Bild. Ein fröhliches Treiben entwickelte sich recht bald unter der festlich frohbelegten Menge. Auf einem Podium zeigten die Athleten und die Turner ihr Können, ebenso brachte die Engelmannsche Kapelle ihre vorzüglichsten Weisen zu Gehör. Die Meinen unterhielten sich durch ein Kapellkonzert, Karneval und sonstige Befestigungen. Durch einen guten Griff in die Geldtrommel konnten schöne Blumen gewonnen werden. Preisfischen und Regeln reichten ebenfalls zum Wettschmerz an.

Ein netter Eindruck machte der bei Eintritt der Dunkelheit in der Umgebung der Gesellschaften der Kinder. In der bekannten „Schwänzen“-Weise hatte unsere wohlthätige Polizei einen „Luzig“ durch die Straßen um das Volkspartei-Platz gefahren, aber mit der Einschränkung, daß den unzufälligen Kindern ja keine roten Papierfäden in die Hand gegeben und eben solche Papiermützen auf das Köpfchen gestülpt werde. Der Befehl wurde ausgeführt, weshalb denn Halle auch auf dem alten Fleck stehen geblieben ist.

Wie gesagt, wies ein anderes Bild bot sich dem Auge, als bei dem „Zufest“ der katholischen Gesellenvereiner, die, nachdem sie umgeben die Hauptstraßen der Stadt durchzogen, also eine multifacettige Demonstration veranstaltet hatten, sich in den Kaffiatoren vertrieben. Dort ein winziges Kaufleuten-Ausarbeiter, die oft genug gestungen find, den alten

Freit mitzumachen, hier ein Meer aufgeregter, selbstwütiger Kämpfer, die zusammengekommen sind, sich zu äußern und zu demonstrieren gegen die Willkür und den Übermut des Unternehmertums, gegen die heutige Gesellschaftsordnung.

Ein handgemeine Fälschung.

Leidet sich die angeblich liberale Saalzeitung u. ihrer Ausgabe vom Sonnabend abends in einem Artikel über den Kampf auf den Werften. Nach einer recht scharfmacher-manner bezeichnend dieses Blatt die Forderungen der Hamburger Werftarbeiter als maßlos und billigt deshalb den Standpunkt der Werftarbeiter, die bekanntlich in probierender Weise den Kampf herauszufordern haben. Dann wird eine Träne vergossen darüber, daß die „Streikarrangere“ der Arbeitgeber keine Gelegenheit zu einer Aussprache über die Forderungen der Werftarbeiter gegeben hätten. Ohne mit einer Wimper zu zucken, schreibt das Unternehmertum dann folgendes:

„Aus der Abrechnung einer solchen Aussprache durch die Arbeitnehmer muß notwendig gefolgert werden, daß es sich hier weniger um wirtschaftliche Not, um unzureichende Entlohnung usw. handelt, als um eine politische Wahrung, hinter der die Sozialdemokratie sich verbirgt, welcher die allzu ruhige Beschäftigung des heutigen Arbeiterstandes nicht in den Saal passen. An der Zeit ist denn auch sofort nach dem Ausbruch des Streiks an Stelle der eigentlichen Vertreter der Werftarbeiter der sozialdemokratische Metallarbeiterverband auf den Plan getreten, um das Feuer zu schüren und den Kampf in weitere Gewerbe zu tragen.“

Toller, als es hier geschieht, kann die Wahrheit nicht auf den Kopf gestellt werden. Der Schreiber dieser Scharfmacherei weiß ganz gut, daß seitens der Organisationsleitungen Verhandlungen nachgedacht und Unterlagen dazu eingereicht worden sind, daß die Unternehmer nur eine mündliche Begründung ihrer ablehnenden Stellung geben wollten. Kein Wort von Angeboten, betreffend Lohn- und Arbeitszeit, kein Gebanke an Verhandlungen mit den Arbeitern über deren Wünsche; nicht einmal die Möglichkeit, diese mündlich zu begründen, hat man gewährt. Was für eine böshirnige Verleumdung, um — die

schon längst beschlossene „Wachprobe“ veranstalten zu können.

„Echt nur der Wahrschiff die Öhre zu geben, verbreitet man allerhand Unmährheiten, um sich beim Kapitalisten beliebt zu machen. Die Sozialdemokratie hat mit dem ausgebrochenen Kampf gar nichts zu tun, das ganze beschriebene, das auch und gar der Welt nachgeht ist, hat nur den Zweck, die Werftarbeiter als unzufriedenstellende Kämpfer, die Arbeiter aber als die von der Sozialdemokratie ausgehenden Forderungen erscheinend zu lassen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: die Ausprägung ist eine ebenso frivole als brutale Wachprobe des Unternehmertums. Es erfolgte, um die eine geringe Arbeitgeberberührung und geignete Entlohnung ringenden Hamburger Werftarbeiter nieberzu-zwingen. Das alte, bekannte Mittel der Werftarbeiter, wenn in irgend einem Betriebe die Arbeiter mit den einseitig getroffenen, aus dem Gebirgung des „Serenitäts“-Geistes hervorgerufenen Maßnahmen nicht einverstanden sind, fangs kommt man mit der Androhung einer Massenauflösung, um die körtlichen Arbeiter zur Flucht zu bringen. Ob die Wünsche der Arbeiter berechtigt sind, ob die Möglichkeit der Erfüllung vorliegt, danach fragt man nicht. Unbetimmert um den Schaden, den eine solche brutale Anwendung der ihnen gegenwärtigen Maßnahme dem gesamten Wirtschaftsleben zufügt, ohne Gewissenstadel über das Elend, welches dadurch über Tausende und aber Tausende von Arbeiterfamilien verhängt wird, lassen die Herren von Geldes Guden ihre Beschäftigung führen sie rücksichtslos durch. Raubfüßig mag es sich nun an den Benachteiligten der Werftarbeiter handeln, stellen sie ihre Rechnungen auf, abdrücken und blutigen und ziehen das Fazit. Die wenigen in ihren Kreisen, welche sich erlauben, anderer Meinung zu sein, und eine friedliche Verständigung mit den Arbeitern herbeiführen möchten, werden an die Wand gedrückt, daß ihnen der Atem ausgeht und sie sich wohl oder übel dem Diktum der Scharfmacher fügen müssen.“

„In solches Verhalten eines liberalen Blattes, der Werftarbeiter zu handlangern, schon gemein, so wird der Gipsel der Niederträchtigkeit jedoch erreicht durch folgenden Satz:

„Sonnach soll dem deutschen Schiffbauergewerbe der sozialdemokratische Wächter aufgekommen werden, weshalb es demnach die Pflicht der Saalzeitung war, daß der Verband der Werften den propagierten Streik mit auflassender Ausprägung beantwortete. Es ist auf das bringendste zu wünschen, daß die direkt betroffenen Unternehmer in diesem Kampf nicht allein gelassen werden, daß vielmehr die deutsche Arbeitererschaft, insbesondere der Verband der Metallindustriellen, sich mit den bedröhten Interessen der Werftarbeiter solidarisch erklärt.“

Es gehört die Freiheit eines liberalen Redakteurs dazu, die Behauptung aufzustellen, daß der Kampf in Hamburg, der sich auf rein gewerkschaftliche Forderungen bezieht, einen politischen Hintergrund hat, daß es eine sozialdemokratische Wachprobe sei. Karger kann es selbst die von den Werftarbeitern ausgehaltenen Forderungen nicht treiben. Nicht anzurechnen, daß es sich hier um einen frivolen Gewaltstreik der Werftarbeiter handelt, beschnappt und beschnappt dieses Blatt die Arbeiter in der gemeinten Weise. Die gesamte geldgierige Ausbeutererschaft wird aufgerufen zum Kampf gegen die Arbeiter, die nur von ihrem Koalitionsstreik Gebrauch gemacht haben, um die Lebensbedingungen in etwas aufzubessern. Es bedeutet dieser Haßfische Sach einen Angriff auf das Recht der Koalition, für das die Liberalen angeblich ebenfalls — mit dem Mundwort — eintreten.

„Ein solches Verhalten ist liberal! Jeder Sach, den die Saalzeitung bisher zum Werksstreik schrieb, war eine Verleumdung der Wahrheit. Was ist auch von Zuschauern der Ausbeuterklasse anderes zu erwarten?“

Wahl-Kritiken und Kersterei.

Der Vorstand der Kaufmännischen Ortsrentenklasse schreibt uns: Nach einer Erklärung der geordneten Halleischen Werzte haben sich die Direktoren und Professoren der Universitätskassinen mit den Halleischen Werzten im Kampfe um das Arztthema der Kaufmännischen Ortsrentenklasse solidarisch erklärt und vom 1. Juli ab jede Behandlung von Kassennmitgliedern und deren Angehörigen abgelehnt, diese vielmehr an die Kassenzentrale dieser Klasse verwiesen. Nun haben aber die Kassennmitglieder nicht für alle Familienangehörigen, sondern nur für die Ehe-

Kleines Feuilleton.

Die die Braunschweiger Polizei die Bildung ersieht.

Das Braunschweiger Ländchen, das im Herzen Deutschlands und inmitten eines der schönsten und fruchtbarsten Landstriche des deutschen Vaterlandes liegt, herbergt eine derartige Summe von Neugier auf allen Gebieten des Lebens, daß sich sogar die oberflächliche Kritik der Zeit dort den Vollen eines eigenen Vertriebs, davon angeheimert fühlt. Der katholische Klerus in der empfindlichen Pfaffenwelt am Rhein kann nicht antipathetischer empfinden, als die Fingerringe in Escarpino, so das hohe braunschweigische Konfessions, dem im weitestlichen das Bildungswesen untersteht, bilden. Die Polizei steht schon seit Weniens sozialistischer Bestrebungen im Augenblick in allerhöchster Erinnerung und rechtfertigt die Meinung jenseitig erst wieder bei ihren lächerlichen Wahlrechts-Maßnahmen. Und die Zeit? Es gab eine Zeit, da man nicht von der Irach, weil man ihr nichts nachtragen konnte. Heute hat sie den Mann, hinter der Schlagschlagfolge von Breslau und Königsberg nicht zurückbleiben. Hinterher, Reaktion, wofin man sieht. Was Wunder, wenn da den Maßgebenden in Braunschweig alles Streben nach Bildung ein Scheitern und ein Verzicht ist.

Der Bildungswesen der Braunschweiger Arbeitererschaft sollte für die Arbeiter ein Schatzort der Aufklärung sein. Das Volkshaus, das in den 80er Jahren in hoher Wüchse stand, leidet aber bößlich vertrieben ist, war es unmöglich. Das antwortete nicht einmal auf eine bößliche Anfrage. Der auch in Hamburg bekannte Sommerdirektor Adolf Meiß, der in diesem Sommer Solts Theater fuhr, war bereit, über die Polizei verbot ihm die Stücke, die für die Arbeiter aufzuführen gewesen wären, und würde darauf auf ihn ein, daß er schließlich seine feste Zusage zurücknehmen mußte. So ängerte sich die Polizei an den Bildungsbestrebungen der Arbeiter.

Vor dem Bruch der Braunschweiger liegt nun immer noch ein wunderbares Verfall. Die Polizei, der einst im nächsten Wollenbüttel Wollstoff war. Es wird Zeit, daß die Braunschweiger Polizei auch diesen Aufklärer aus den Mauern der Wüchse und Wüchse-Stadt schafft. Sie behält ja in der Nähe noch ein dazugehöriges Wollzeichen für die Kultur der Stadt: die Bruchstücke.

Während der Versuch von Bier und Trinkenwein im Deutschen Reich nach dem Ausbruch der Statistik langsam aber sicher abnimmt, scheint die Spieltheaterwelt allmählich zuzunehmen. Benignität, soweit der alte Salat und andere Kartentriebe in Betracht kommen. Nach dem heute noch unverändert geltenden Reichsgesetz über den Spielstättenverkehr vom 8. Juli 1878 erlassen wurde, erhebt der Steuerfiskus

für jedes Kartenspiel bis 36 Wätter 30 Pfennig und für jedes größere Spiel 60 Pfennig Stempelabgabe. Die aus dieser Abgabe erzielten Einnahmen spielen im Etat des Reiches als eine nebenläufige Rolle; sie helfen auf den 3 Milliarden Reichsverschulden und Warten im Jahre 1909 zu zahlen Zeit verschlingen, nur eine lächerlich geringfügige Summe. Im ersten Jahre nach Erlaß des Gesetzes, 1879 also, brachte die Stempelabgabe 1 077 400 Mk.; im Jahre 1908 hatte sich diese Einnahme auf 1 918 900 Mk. erhöht. Nachdem wir diesen Betrag auf den Kopf der Bevölkerung um, so ergibt sich für 1879 nur ein durchschnittlicher Beitrag von 24 Pfennig, während 1909 jeder Einwohner des Reiches schon 3 Pfennig auf dieser Abgabe beisteuerte. Eine Verrechnung nach der Zahl der abgegebenen Kartenspiele führt zu dem Resultat, daß 1879 erst beinahe ein Drittel des Reiches alljährlich ein Spiel Karten kaufte, während 1909 auf ungefähr jeden ersten Einwohner ein Spiel Karten, bezugsnehmend ist, daß der Verbrauch an großen Kartenspielen im Lauf der letzten 30 Jahre relativ abgenommen hat. Spiele von mehr als 36 Karten wurden 1879 in der Zahl von etwas über 1 Million verkauft; 1908 stellte sich die Zahl auf 3 160 000. Dagegen sind für 1879 nur 100 000 und für letztes Jahr 1 400 000 Kartenspiele bis zu 36 Karten von 8 273 000 auf 6 445 000, also auf das Doppelte, emigriert sei noch, daß die Kapitalgesellschaften sich im Laufe der letzten 30 Jahre auch in der Spielkartenfabrikation geltend gemacht hat. Im Jahre 1879 gab es im Reich nur 66, 1908 hingegen nur noch 27 Kartensfabriken.

Wahl für Arbeiterkassen.

„Eine fader unglückliche Nelema macht ein transpösisches Geschäft, das eine Kassefabrik betreibt. Es verendet firtulaze folgenden Inhalts: Mein Herr! Wir beehren uns, Ihnen die Lieferung von Käse zu offerieren, der von partizipierten Händen reuiger Wächter, dementsprechend liefert. Wir beehren, die sich auf Details-Minimum reduzierten Arbeitskräfte gelassen uns, die erste Qualität zum Preise von . . . die zweite Qualität zum Preise von . . . zu liefern. Jeder Käufer von 20 Mio auf einmal hat Anrecht auf eine Lotterei, die ich in der Kasse des Unternehmens abzurufen lasse. Wir beehren, die sich auf Details-befehlungen beschränken, erhalten mit jedem Käse einen Gebot. Wenn sie fünf solcher Gebote zusammen haben, so brauchen sie sie nur franco an unser Oekonomat zu richten, um für einen Preis von 1000 zu werden. Da unsere Käse immerhalb des Preises von 1000 verpackt werden, die die an der Kasse des Unternehmens im Laufe der letzten 30 Jahre in die Höhe von 1000 auf 1000 gestiegen sind, so ist die Qualität der Käse, die wir Ihnen anbieten, von unvergleichlicher Qualität. Sie kosten, heißt mehr davon bestellen! Man richtet die Gebote, begleitet von einem Postmandat, an den Adde R., den Direktor des Heims für reuige Wächter.“

Man kann man an ähnlicher Maßnahme, Sozialpolitik und Meliostät wirklich nicht verlangen!

Die Milch als Nahrungsmittel.

Von allen Nahrungsmitteln, die der Mensch bezieht, hat in der letzten Zeit keines einen solchen vermehrten Gebrauch gefunden, als die Milch. Das ist hauptsächlich eine Folge der weitverbreiteten Fälschung, daß kein anderes Nahrungsmittel dem menschlichen Körper so nützlich und gesund zuführen kann, als die Milch. Gegenwärtig wird die Menge der jährlich im Deutschen Reich erzeugten Milch auf rund 2 1/2 Milliarden Liter mit einem Werte von etwa 2 1/2 Milliarden Mark geschätzt. Aus dem Auslande werden für etwa 50 bis 60 Millionen Mark Milch eingeführt. Die Milch ist ein Nahrungsmittel, welches die Milch in der Ernährung spielt, es dient daraus hervor, daß die gesamte Brotgetreideernte Deutschlands nicht so hoch bewertet wird, als die Milchzeugung. Der jährliche Milchverbrauch der einzelnen Städte ist sehr verschieden. Er schwankt zwischen 181 und 56 Liter pro Kopf. Die Produktion und der Vertrieb der Milch muß in geregeltere Bahnen gelenkt werden. Den Anfang haben Milchämter auf Überwachung des ganzen Milchverkehrs zu machen. Das Ziel hat die Gewinnung der Milch in städtischer Regie zu sein.

Humor und Satire.

Gefahrenliste I. Täglich liest man, ich möchte meinen. Etwa das Folgende in den Gaseten: „Ein Monopol, o große Not.“ „Ein Postbote, der früher tot.“ „Ein Postbote hat — nicht mit Wortschatz — Seine Frau zur trauernden Witwe gemacht.“ „Dem Arbeiter kamen beim Baden.“ „Der Kopf und sämtliche Beine abhandeln.“ „Sein Partner muß sich zu seinem Schweden.“ „Sein Partner muß sich zu seinem Schweden.“ „Ein Straußentier, das auf der Höhe.“ „Dem Führer tut kein Reh mehr weh.“ „Ja, ja, wenn man solches lesen muß.“ „Dann kommt man häufig zu diesem Schluss: Es ist der Beruf eines Biologen.“ „So gefährlich ist — nicht ein Tierarten.“ „Der stinkendsten mit treffenden Wörtern.“ „Einer unternehmenden Sammler zu erörtern.“ „Ein Reichtum an Steuer — ein Rederisch — „Im Point und Erbiten sind häufig.“ „Ja, ja, wenn man solches lesen muß.“ „Soll man sich möglichst neutral verhalten.“ „Das heißt: recht häufig auf der Erde bleiben.“ „Und immer häufig nach und häufig kriechend schreiben.“ „Wer freudig die göttliche Ordnung verachtet, Wird fast gemacht oder kalt gete.“

Witz im Bock.

